

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 28. November 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Der Reichstag für Locarno.

Das Gesetz über den Vertrag und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund angenommen.

Der Reichstag hat gestern in der Schlussabstimmung das Locarno-Gesetz mit 281 gegen 174 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Ueber Artikel 1 wurde namentlich abgestimmt. Es stimmten 474 Abgeordnete ab, davon 174 mit Nein, 300 mit Ja.

Ueber den deutschnationalen Antrag: dem Artikel 2 folgenden Absatz 2 hinzuzufügen:

'Zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedarf es eines besonderen Gesetzes'

471 Abgeordnete gaben diesmal ihre Karten ab. 4 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. 183 stimmten mit Ja, 284 mit Nein.

Für den Artikel 2 stimmten 278 Abgeordnete mit Ja, 183 mit Nein, 6 Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten.

468 gaben ihre Karte ab. 3 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten, 174 mit Nein, 281 mit Ja gestimmt.

Präsident Löbe stellt fest, daß bei einem verfassungsändernden Gesetz zwei Drittel der Mitglieder des Reichstags sich an der Abstimmung beteiligen müßten.

Die Entschliebung der Bayerischen Volkspartei: Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung zu ersuchen, von der Ermächtigung des Artikels 2 des Gesetzes nur Gebrauch zu machen...

Ueber den völkischen Antrag: Der Reichstag wolle beschließen: Für den Fall der Annahme des Entwurfs eines Gesetzes über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund...

wird auf Vorschlag des Präsidenten wiederum namentlich abgestimmt. Es geben 481 Abgeordnete ihre Karten ab. 109 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Präsident Löbe: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die vorliegenden Mißtrauensanträge. Zuerst stimmen wir ab über die unbegründeten Mißtrauensanträge der Kommunisten und der Völkischen.

Es folgt eine namentliche Abstimmung über den Mißtrauensantrag der deutschnationalen Fraktion: Angesichts der Erklärungen, die die Reichsregierung zu Locarno und Völkerbundsfrage abgegeben hat...

ihren demnächst erfolgenden Rücktritt angekündigt hat, entzieht der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen...

285 Abgeordnete stimmen mit Nein, 121 mit Ja, 61 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Der Reichstag hat das Gesetz über den Vertrag von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mit großer Mehrheit - 300 gegen 174 Stimmen - angenommen.

Die Tatsache, daß die Annahme des Gesetzes durch den Reichstag noch vor dem Beginn der Debatten über Locarno feststand, darf nicht verdunkeln, daß der Beschluß des Reichstags von großer geschichtlicher Bedeutung ist.

Der Gedanke des Friedens und der Verständigung ist im Parlament zum Siege geführt worden, trotzdem die Regierung, die den Vertrag von Locarno vorläufig unterzeichnet hat...

Es wurde viel bemerkt, daß sich an den Abstimmungen auch Herr Schiele beteiligte. Er stimmte mit den Deutschnationalen gegen den Vertrag von Locarno.

Das Kabinett Briand-Loucheur. Ohne Sozialisten. - Keine sichere Kammermehrheit.

Paris, 27. Nov., 9.30 Uhr abds. (Eigener Drahtbericht.) Die bis in die späten Abendstunden von den Parteien der neuen Mehrheit geführten Verhandlungen haben zu einer Einigung geführt...

Ministerpräsident und Außenminister: Briand (Republikanischer Sozialist), Justiz: Chaulemps (Demokratische Linke), Inneres: Daladier (Radikalsozialist), Finanzen: Loucheur (Radikale Linke), Krieg: Painlevé (Republikanischer Sozialist), Marine: Leggues (Linksrepublikaner), Landwirtschaft: Roustan (Demokratische Linke), Handel: Daniel-Vincent (Radikale Linke), Arbeit: Durasour (Radikalsozialist), Kolonien: Périer (Demokratische Linke), Unterricht und Kunst: Durand (Radikalsozialist), Staatssekretäre im Ministerpräsidium und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten: Cavalet (Republikanischer Sozialist), Technischer Unterricht: Ramell (Republikanischer Sozialist), Krieg: Doffola (Radikalsozialist), Luftschiffahrt: Eynac (Radikale Linke).

Nach dieser Liste, die noch nicht vollständig zu sein scheint, da sie die Inhaber der Portefeuilles der öffentlichen Arbeiten und des Unterstaatssekretariats für die zerstörten Gebiete nicht enthält, wird Briand nicht weniger als zehn Mitglieder des letzten Kabinetts Painlevé, davon 7 Minister und 3 Unterstaatssekretäre, in sein Ministerium übernehmen.

Neu sind einstweilen nur Loucheur für die Finanzen, Leggues für die Marine und Roustan für Landwirtschaft.

Paris, 27. November, 9.45 Uhr abends. (Eigener Drahtbericht.) Briand hat heute den im Quai d'Orsay versammelten Vertretern der Presse erklärt, daß die definitive Konstituierung des Ministeriums, wenn das Zustandekommen gesichert sei, erst im Laufe des morgigen Vormittags, erfolgen wird.

Briands Absichten. Paris, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Die am Sonntag durch den Sturz des Ministeriums Painlevé ausgelöste Krise hat am Freitag nach fünfjähriger Dauer ihre Lösung gefunden.

den Vertrag von Locarno vorläufig unterzeichnet hat, nach der Wendung der bisher stärksten Regierungspartei gegen den Vertrag im Reichstag keine Mehrheit mehr besitzt.

Es wurde viel bemerkt, daß sich an den Abstimmungen auch Herr Schiele beteiligte. Er stimmte mit den Deutschnationalen gegen den Vertrag von Locarno.

den französischen Genossen, sondern auch bei einem großen Teile der Radikalsozialisten, die von einer Koalition mit den bisher mit der Reaktion liiert gewesenen Mittelgruppen nichts wissen wollten...

Von der Presse wird das neue Ministerium als 'ein Kabinett der Konzentration mit ausgesprochener Orientierung nach links' bezeichnet. Tatsächlich haben am Freitag morgen in einer Delegiertenversammlung der drei bürgerlichen Kartellgruppen, der Radikalsozialisten, der republikanischen Sozialisten und der radikalen Linken, sämtliche Redner den Wunsch zum Ausdruck gebracht...

Paris, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Fraktion hat, um tendenziösen Auslegungen ihrer Haltung gegenüber Herriot entgegenzutreten, beschlossen, als Ausdruck ihrer Sympathie und Dankbarkeit für Herriot und sein Friedenswerk eine Adresse an ihn zu richten und ihre Stellungnahme in der letzten Krise in einem Manifest an das französische Volk zu rechtfertigen.

Die Sozialisten danken Herriot. Paris, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Fraktion hat, um tendenziösen Auslegungen ihrer Haltung gegenüber Herriot entgegenzutreten, beschlossen, als Ausdruck ihrer Sympathie und Dankbarkeit für Herriot und sein Friedenswerk eine Adresse an ihn zu richten...

seinen Freunden gegen die Politik, für die er mit Luther und Stresemann vom 9. Februar bis zum 26. Oktober unentwegt gearbeitet hat.

Die Opposition der Deutschnationalen ist unerschrocken. Bedürfte es dafür noch eines Zeugnisses, so haben sie es selbst gegeben mit ihrem Verhalten bei der Abstimmung über den Antrag der Böttischen, die Verkündung des Gesetzes um zwei Monate auszusetzen. Die Deutschnationalen haben sich gegenüber diesem Antrag der Stimme enthalten. Es vereinigten sich auf diesen Antrag, der zur Annahme der Zustimmung eines Drittels des Reichstags bedürftig hätte, nur 64 Stimmen. Die Deutschnationalen haben feierlich erklärt, daß sie das Locarno-Gesetz mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpfen würden. Sie haben dies von den Böttischen vorgeschlagene Mittel nicht angewandt, und haben damit das Zustandekommen des Vertrages von Locarno unumwandelbar erleichtert. Sie sind gegenüber der Großsprecherischen Ankündigung des Kampfes mit allen Mitteln umgefallen — ein kleiner Unfall nur, aber immerhin ein Unfall. Unumwandelbar hat bei diesem Unfall der Gedanke eine Rolle gespielt, die Kluft zwischen den Deutschnationalen und dem Reichspräsidenten Hindenburg nicht noch mehr zu vertiefen. Aus diesem Unfall spricht aber vor allem eins: daß die Deutschnationalen im Grunde ihres Herzens froh sind, daß der Vertrag von Locarno, der für Deutschland eine Notwendigkeit ist, angenommen worden ist. Sie wissen wohl, daß der Vertrag eine Notwendigkeit ist, aber sie stellen ihre parteipolitischen Bedürfnisse über die nationalen Notwendigkeiten.

Ihre Politik ist eine Politik der leeren Demonstration für Parteizwecke, nicht von staatsmännlichen Gesichtspunkten getragen. Leere Demonstration war ihr Mißtrauensvotum gegen das Kumpfkabinett Luther so gut wie das Mißtrauensvotum der Kommunisten und der Böttischen. Die beiden letzten Mißtrauensvoten wurden gegen die Stimmen der Antragsteller bei Stimmhaltung der Deutschnationalen abgelehnt, das deutschnationalen Mißtrauensvotum gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Böttischen bei Stimmhaltung der Kommunisten. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie gegen alle drei Mißtrauensvoten gestimmt hat. Die Lebensdauer der Regierung Luther ist auf wenige Tage befristet. Ihre einzige Funktion ist noch, in London zu unterzeichnen und dann zurückzutreten. Es konnte der Sozialdemokratie nicht einfallen, die Unterzeichnung in London durch eine Unterstützung der Politik der leeren Demonstration zu verhindern.

Der Reichstag hat gegen eine verschwindende Minderheit den Antrag der Bayerischen Volkspartei abgelehnt, den Eintritt in den Völkerbund erst dann zu vollziehen, wenn weitere Rückwirkungen sichtbar geworden sein werden. Die große Mehrheit hat damit den festen Willen ausgesprochen, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vollzogen wird. Der Beschluß, der auf Antrag der Mittelparteien gefaßt wurde, daß die Regierung verhalten soll, weitere Rückwirkungen zu machen, ist eine Selbstverständlichkeit. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist vom Reichstage beschloffen. Es ist die Pflicht der Regierung, die der Regierung Luther nachfolgen wird, ihn ungehindert zu vollziehen.

In der Debatte, die den Abstimmungen vorausging, vertrat Genosse Breitscheid noch einmal in einer eindrucksvollen Rede den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion. Im glänzender, feingeschliffener Polemik geißelte er noch einmal die innere Unehrlichkeit der deutschnationalen Politik. Nach Landsberg Breitscheid! Die Deutschnationalen wußten ihm so wenig wie Landsberg zu erwidern. Die Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben in der Locarno-Debatte mit der ehemaligen stärksten Regierungspartei verreckende Abrechnung gehalten!

Durch Breitschields Rede zog sich der Gedanke: der Vertrag von Locarno ist ein Schritt vorwärts auf dem Wege,

der aus der Zerklüftung Europas herausführt, und Europa muß einig werden, wenn es nicht wirtschaftlich und politisch verloren sein soll. Er wog den positiven Wert des Locarno-Vertrages voll ab, darüber hinaus aber zeigte er die Richtlinien für die Fortsetzung des Weges auf, der mit dem Vertrag von Locarno eingeschlagen worden ist: obligatorische Schiedsgerichte für alle Streitigkeiten zwischen den Staaten, Ausbau des Völkerbundes, allgemeine Abrüstung, Befreiung des besetzten Gebietes von fremden Truppen. Seine Rede war Mahnung an die fremden Staatsmänner, die Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, daß Deutschland ihnen vertraglich Sicherheit gibt, Mahnung an die deutschen Staatsmänner, entschlossen und ohne jede Verzögerung auf dem Wege weiter zu gehen, der zur europäischen Zollunion, zur Einheit Europas — einschließlich Rußlands — führt.

In der folgenden Debatte hörte das Haus mit großer Aufmerksamkeit einer Rede der greisen Klara Zetkin zu. Sie ist von der Exekutive der kommunistischen Internationale in Moskau nach jahrelanger Verbannung in Moskau nach Deutschland zurückgekehrt worden, um die kommunistische Partei unter dem neuen Kurs zu führen. Die Aufmerksamkeit, mit der sie gehört wurde, galt nicht nur der Person der greisen kommunistischen Führerin, sie galt vor allem ihr als der parlamentarischen Stimme der Weltmacht Rußland führenden Politik.

Und diese Rede war gestimmt auf den Ton: Gott strafe England! Was sie vortrug, waren jene neu imperialistischen Gedankengänge, die im bolschewistischen Rußland als konsequente Fortbildung des Imperialismus der Vorkriegszeit vertreten werden. Nicht die Einheit Europas, erreicht auf dem Wege des Friedens und der Verständigung ist die Perspektive dieser Politik, sondern die Zerstückelung Europas durch einen großen Segensatz, in dem England auf der einen, Rußland auf der anderen Seite führend steht. Der kriegerische Zusammenstoß zwischen England und Rußland ist nach den Perspektiven dieser Politik unvermeidlich. Es ist ihr Streben, für diesen Zusammenstoß Deutschland an die Seite Rußlands zu ziehen: Bündnis Deutschlands mit Sowjetrußland, als Militärbündnis gedacht. Deutschland soll bereit sein, an der Seite Rußlands sich mit der Waffe gegen den englischen Imperialismus zu verteidigen. Aber Deutschland ist entwaffnet, und Rußland selbst hat die rote Armee, wie Klara Zetkin versichert, bis auf knapp 600 000 Mann abgebaut. In welche Katastrophe diese neu imperialistische Gott-strafe-England-Politik Rußland und Deutschland, vor allem aber Deutschland führen müßte — angesichts seiner geographischen und wirtschaftlichen Situation — ist gar nicht abzusehen.

Diese neu imperialistischen Gedankengänge, die Klara Zetkin vortrug, stießen von inneren Widersprüchen. Wir wollen nicht mit jener starren, mechanischen Geschichtsphilosophie rechnen, die die Grundlage dieser Gedankengänge ist, wir begnügen uns, die inneren Widersprüche anzudeuten. Rußland geht nicht in den Völkerbund, weil es ein kapitalistischer Bund ist, Deutschland darf um deswillen auch nicht in den Völkerbund. Deutschland muß mit Rußland ein Bündnis gegen die kapitalistische Vormacht England schließen. Aber Deutschland ist ja auch ein kapitalistisches Land, es ist, wie es im kommunistischen Sprachgebrauch heißt, eine „Bourgeoisie-republik“. Wie kann sich Rußland, das um des Prinzipes willen nicht in den Völkerbund darf, mit dem kapitalistischen Deutschland verbünden, ohne das Prinzip zu verletzen?

Klara Zetkin sprach unter lebhaftem Beifall der Böttischen und der Deutschnationalen — ein Zeichen dafür, wie auf jener Seite die Konsequenzen der neu imperialistischen kommunistischen Politik bewertet werden. Mit dieser Rede hat Klara Zetkin weder den deutschen Arbeitern, noch dem russischen Volke gedient, und vor allem nicht der Sache der deutsch-russischen Verständigung! Es wäre ein Widerspruch, wenn Rußland nicht die Verständigung mit der großen Mehrheit des deutschen

Volkes, sondern mit den alten, immer mehr zurückgedrängten Mächten des Monarchismus, des Nationalismus, der Kriegsbegeisterung suchen wollte. So sehr der Reichstag vermeinte, in Klara Zetkin die Stimme der Weltmacht Rußland zu hören, so sehr berechtigt ist angesichts des Inhalts ihrer Rede die Frage: hat sie wirklich Ansichten und Absichten der amtlichen russischen Politik widerspiegelt, oder nur die metapolitischen Ansichten der Agitationsgesellschaft der kommunistischen Internationale, die anders redet, als die russische Politik handelt?

Die neu imperialistischen Gedankengänge finden bei der großen Mehrheit des deutschen Volkes keinen Boden. Sie will nicht neuen kriegerischen Zusammenstoß, sie will den Frieden, die Verständigung Europas. Sie will die Verständigung — mit England so gut wie mit Sowjetrußland. Sie wendet sich gegen jede Kriegsbegeisterung — von beiden Seiten. Frieden in Europa — nicht neue Mächtegruppierung in Bündnissen mit dem Risiko des Krieges. Das ist der große Gedanke, der dem Vertragswort von Locarno zugrunde liegt, der Sinn des Bekenntnisses, das die große Mehrheit des Reichstags gestern für Locarno abgelegt hat.

Das Bekenntnis für Locarno, für den Völkerbund, für den Frieden ist eine nationale Notwendigkeit für Deutschland. Es ist nicht minder eine Notwendigkeit für ganz Europa — auch für Rußland.

Unterzeichnung und Demission.

Am 1. und 4. Dezember.

Die deutsche Delegation zur Unterzeichnung des Vertrages von Locarno reist am Sonntagabend mit dem sachplanmäßigen Zug nach London. Sie besteht aus Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann und dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Schubert. Die Delegation wird am Donnerstag, den 3. Dezember, abends, in Berlin zurück erwartet. Als Termin der Gesamtdemission ist der 4. Dezember von der Regierung festgesetzt worden.

Deutschnationale Hoffnungen.

Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet.

Breslau, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Freytag-Loringhove veröffentlicht am Freitag in der „Schlesischen Tagespost“ einen Artikel, in dem er u. a. erklärt, daß das deutsch-nationale Mißtrauensvotum gegen Luther kein Hindernis für eine spätere Wiederverständigung zu sein braucht. Er empfiehlt als Lösung der bevorstehenden Krise die Bildung einer Regierung der Mitte mit Luther als Reichskanzler. Die Deutschnationalen würden Luther völlig frei gegenüberstehen und hätten die Möglichkeit, gerade auf wirtschaftlichem Gebiet weitgehenden Einfluß auszuüben, vielleicht sogar, so schreibt der deutsch-nationale Abgeordnete mit erstaunlicher Offenheit, größeren, als wenn sie in der Regierung säßen. Freytag-Loringhove fürchtet zwar noch, daß diese Hoffnungen an den Wünschen innerhalb der Mittelparteien nach der großen Koalition scheitern könnten. Er meint aber selbst, die Deutsche Volkspartei werde sich nicht leicht zur Verständigung mit der Sozialdemokratie hergeben, wenn auch Stresemann darauf hinarbeite. Luther sei sicher gegen die große Koalition, weil er keinesfalls ihr Kanzler sein würde. Er habe aber auch wohl auf die Unterstützung Hindenburgs zu rechnen.

Der Schwedener Jememordprozess ist nach Abschluß der Beweisaufnahme auf Montag, den 30. November, vertagt worden. Das Urteil dürfte vor Dienstag nicht zu erwarten sein.

Neuwahlen in Deutsch-Oesterreich können aus der jetzigen Obstruktion unserer Genossen im Parlament zur Sicherung der Erhaltung des Wiener Reiches und der Verlängerung und Verbesserung des Arbeitslosgesetzes hervorgehen. Unsere Parteigenossen bereiten die Arbeiter schon darauf vor.

Die Rechtfertigung des Kultusministers.

In der Sache des Opernintendanten Schillings hatte gestern nachmittag der Kultusminister Dr. Becker die Berliner Presse zu einer Besprechung in das Kultusministerium unter den Linden eingeladen. Die Ausführungen Beckers gingen eher einem Rechtfertigungsversuch als einer objektiven Darstellung. Er führte ungefähr aus: Der Intendant ist nicht durch das Ministerium gefügt worden, sondern er stürzte sich selbst. Das Ministerium hatte bis jetzt mit vollem Bewußtsein geschwiegen, aber im Interesse der Oper war der Rücktritt Schillings notwendig. Das Ministerium dachte an eine vornehme Lösung, es wollte, daß Schillings am Ende der Spielzeit sein Amt niederlegen sollte. Schillings jedoch trieb das Ministerium dazu, zu einer fristlosen Entlassung zu schreiten. Es ist nicht wahr, daß er entlassen worden ist, weil er nicht zu einer Sitzung des Ministeriums kam, sondern seine Entlassung hat andere Gründe, die weit zurückliegen. Immer wieder muß betont werden, daß es sich nicht um den Komponisten oder Dirigenten, sondern nur um den Intendanten handelt. Schillings ist, bevor er nach Berlin kam, niemals Intendant gewesen. Auf diesem Posten handelt es sich aber noch um ganz andere Dinge als um nur künstlerische. Oft hat sich das Ministerium gefragt, ob die künstlerischen Fähigkeiten Schillings nicht so groß seien, um alle anderen Mängel übersehen zu können. Aber dieses Wiedersehen führte die Dinge eben dorthin, wo nur noch durch die Entlassung Schillings eine Lösung möglich war. Die mangelnde Geschäftsfähigkeit Schillings ist eben so groß, daß nichts darüber hinwegsehen läßt.

Als die erste Geschäftsperiode Schillings vorüber war, setzte eine Propagandakampagne gegen den Intendanten ein, die das Ministerium beinahe veranlaßt hätte, den Vertrag mit Schillings nicht zu erneuern. Wegen der Dirigentenkrise jedoch, die schließlich durch das Engagement Reibers gelöst wurde, blieb Schillings im Amt. Damals bereits war sich das Ministerium über die Mängel Schillings klar. Er erwähnte sie ihm gegenüber nicht, um ihm den Mut nicht zu nehmen. Worin lagen nun die Schwierigkeiten? Vor allem in der Dirigentenfrage. Für einen Intendanten, der gleichzeitig Dirigent ist, bleibt es natürlich unangenehm, wenn der Erste Kapellmeister durch die Kritik mehr gelobt wird als er selbst. Deshalb bestand von vornherein eine uneingestandene Unmöglichkeit Schillings gegen Reiber. Und es bleibt charakteristisch, daß die Staatsoper, trotzdem die Oper am Königsplatz dem Verbanne angegliedert wurde, keinen zweiten Musikdirektor erhalten hat, was zur Senkung des künstlerischen Niveaus, besonders der Krauß-Oper, geführt hat. Ein anderes Moment kommt hinzu. Immer bedeutete es eine große Schwierigkeit, irgendeine geschäftliche Angelegenheit mit Schillings ruhig zu Ende zu führen. Das Resultat war eine gestrichelte Unterhaltung, mehr nicht. Zu Schillings' hervorragenden Eigenschaften gehörte ein Negatives, nämlich eine mangelnde Ent-

schlußfähigkeit, worunter das Personal der Oper schwer litt. Neue Differenzen entstanden durch den Rundfunk. Natürlich sollte das Personal vom Rundfunk eine Vergütung empfangen, aber ein Teil sollte der Allgemeinheit zugewandt werden. Dann kam das holländische Gastspiel Schillings. Schillings ließ an das in Holland gastierende Personal hohe Honorare zahlen, obwohl es von der Oper weiter die Sagen bezog. Auch der Vertrag, den er eigenmächtig mit seiner Gattin Barbara Kemp schloß, verschärfte die Situation. Schillings hat diesen Vertrag um fünf Jahre verlängert, darin der Künstlerin große Privilegien und eine außerordentlich hohe Gage zugestanden. Wertwändig berührt die Klausel: Sollte eine Künstlerin engagiert werden, die mehr als die Kemp erhält, dann steigt auch automatisch die Gage der Kemp bis zur selben Höhe.

Schon damals schlug Becker vor, dem Intendanten einen geschäftsführenden Intendanten beizugeben. Diesen war in Aussicht genommen. Schillings lehnte aber entschieden ab. Darauf erließ das Ministerium eine Mitteilung, daß zu allen Verträgen über ein Jahr die Genehmigung des Kultusministeriums notwendig sei. Ein Vorgang, der Schillings tief empörte, der aber in großen Staatsbürokraten wie Wien und München selbstverständlich ist.

Ferner herrschte in den Verträgen mit dem Solopersonal, besonders in der Sagenfrage, eine große Unordnung. Immer wieder schleppte Schillings den Abschluß der Verträge hinaus, so sehr, daß selbst die Künstler zum Kultusministerium mit Beschwerden kamen. Auf alle Vorschläge und Verhandlungsmöglichkeiten, die das Ministerium dem Intendanten bot, ist dieser nicht eingegangen. Er beschränkte sich darauf, nur noch brieflich zu verkehren. Besonders mit dem Herrn Winter.

Wiegt nun tatsächlich der Fehler im System? Becker glaubte diese Frage verneinen zu müssen, denn dieses System hätte sich in Kassel und im Schauspielhaus und im Schillertheater bewährt. Damit läge die Schuld auf Seiten Schillings. Dr. Becker behauptete weiter, daß der Sturz des Intendanten im Interesse der Staatsautorität erfolgt sei. Ein neuer Mann ist noch nicht gefunden worden. Paul Becker, den ein Teil der Presse nennt, käme nicht in Frage, da er als Theaterleiter noch nicht Proben seines Könnens gezeigt hätte.

In der darauf folgenden Diskussion wurde dem Minister von allen Seiten bestätigt, daß kein absolut stichhaltiger Grund für die Entlassung Schillings vorhanden wäre. Das holländische Gastspiel, der Vertrag mit der Kemp lägen so weit zurück, daß es einfach lächerlich sei, diese Gründe heute noch anzuführen. Wertwändig berührte es auch, daß das Ministerium die Beschwerden des Solopersonals anführt, das sich nach der Entlassung Schillings' geschloffen hinter ihn gestellt hat. Das Kultusministerium stelle sich selbst in ein merkwürdiges Licht, wenn es heute behauptet, der mangelnde Geschäftssinn Schillings' hätte zu seiner Entlassung geführt. Das Ganze sähe eher, wie Theodor Wolff am Schluß zusammenfaßte,

nach einer Intrigue aus, die von gewissen Stellen der Verwaltung und der Oper gegen Schillings' gesponnen worden, und auf die das Ministerium prompt hereingefallen sei.

Der Intendant des Staatlichen Schauspielhauses Lehner hat aus Solidarität mit Herrn v. Schillings um seine Entlassung nachgedacht.

Sonntagsphilosophie. Im Büchner-Saal sprach vor einer gläubigen Schar wackerer, weisheitsbegehrter Bürger der bekannte Darmstädter Philosoph Graf Kesslerling. Auch wer nicht zu seinen Schülern gehörte, hat sicher mehr erwartet, als der Redner bot. Viel Lärm löste ein Nichts, Rebeschwerden legten sich um die Hirne, schöne Worte flangen in den Ohren, aber nirgends spürte der naive Hörer neue oder tiefe Gedanken und Formulierungen. Das war wirklich nur eine banale Predigt um letzte Dinge. Das Thema des Abends hieß „Geschichte als Tragödie“. Daß der Sinn der Geschichte nicht gerade an der Oberfläche liegt, daß das historische Leben immer Verantwortung ist und „Schuld“, wenn es schlecht ausgeht, daß immer ein entscheidender Ziespunkt für jeden besteht, zwischen Idee und Wirklichkeit, zwischen Ziel und Möglichkeit — ist das irgendwie neu, irgendwie eigen, irgendwie eines besonderen Wertes wert? Die Fähigkeit, Unglück zu tragen, ist größer und höher als die, glücklich zu sein, meint weiter der Herr Graf. In zwei Stunden ununterbrochener Rede meint er noch sehr vieles, aber in dieser den tatsächlichen jammervollen Weltzustand doch ziemlich negierenden Propaganda liegt eine große Gefahr: die Gefahr der Entschärfung der Waffen in dem Gedanken, daß keine wahre Seligkeit hienieden zu erreichen ist. (Als ob, Herr Graf, dies je einer behauptet hätte!) Wohl ist Kesslerlings Weltanschauung eine mehr indubuele, d. h. eine auf die Einzelpersonlichkeit und das Einzelgeschick gerichtete, aber seine buddhanische Philosophie liefert doch nur einmal den Anhängern des privatwirtschaftlichen und sozialpolitischen Prinzips die besten Waffen. So ist dieser Philosoph praktisch ein Gegner des Fortschritts, wenn er auch, wie es nach seinem Vortrage erscheint, nicht allzu sehr zu fürchten ist. ergo.

In der Städtischen Oper wird am Sonnabend das Gastspiel von Frau Malvina Salomonni als To'ca Ratt. Die junge, hübsche, die Geburt der Jugend von Arnold Bronson am 10. u. 11. u. 12. Uhr, im Vestibül der Oper. Der erste große Kulturband seiner Zeitungen erscheint im Verlag Gulland Alphenauer, Potsdam. Schluß der ersten Teil. Aus der Antwort des Ministers Dr. Becker an die Delegation und an die kleine Kommission im Reichstag, in der über die verschiedenen Verhandlungen und Beschreibungen von den verschiedenen bei Auslieferung der Besondere gefaßt wurde, entnehmen die R-liche Presse die Presse, daß der Minister keine Lösung gegeben hat, alle historischen Denkmäler möglichst vor Herkommen zu schützen. Majorität 30 gegen 11. In Leipzig wird auf dem Platz, wo sich das feierliche von den tschechischen Legionären geführte Denkmal des Kaiserin-beraters, Reich II. von 1871 befindet, am 6. Dezember ein Rogart-Denkmal errichtet werden. Es stammt gleichfalls von Regner.

Die Stützungsaktion für den Getreidemarkt. Eine amtliche Ankündigung.

Die Reichsregierung veröffentlicht soden die Ankündigung eines Gesehentwurfs, der dem Reichsrat und dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugegangen ist und der der Reichsregierung eine Ermächtigung gibt, „zur Sicherung einer geordneten Getreidebewegung“ Brotgetreide zu erwerben und zu verwerten. Der Bestand an lagerndem Getreide soll 200 000 Tonnen nicht übersteigen. Die geschäftlichen Maßnahmen soll die Reichsgetreidestelle, deren Liquidation aus diesem Grunde aufgehoben wird, nach Anweisung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft durchführen.

Es handelt sich hier um die geplante Stützungsaktion für den Getreidemarkt, deren Notwendigkeit insbesondere mit den niedrigen Roggenpreisen begründet wird.

Wir stellen zunächst fest, daß die Reichsregierung bei der Vorbereitung des Gesetzes Vertreter der Verbraucher und der Arbeiterklasse, der Opfer einer auf hohe Preise gerichteten Getreidepolitik nicht gefragt hat. Ueber die Einzelheiten des Projektes wird noch zu reden sein, wenn der Entwurf in allen Einzelheiten vorliegt.

Von toten Dingen und Menschen.

Die „Glocke“ und Paul Bensch.

Die im ersten Kriegsjahr von Paris gegründete Wochenschrift „Die Glocke“ mußte kürzlich infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten des Verlages für Sozialwissenschaftler ihr Erscheinen einstellen. Mag auch die Sozialdemokratische Partei als solche weder politisch noch materiell eine Verantwortung für diese sozialistische Zeitschrift jemals getragen haben, so wird man in Parteikreisen das Verschwinden einer nützlichen geistigen Waffe unserer Bewegung und unserer Ideen allgemein bedauern.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ widmet Herr Paul Bensch diesem Vorfall einen Leitartikel. Herr Bensch ist als Chefredakteur der „D.A.Z.“ bekanntlich abgegangen; anscheinend darf er nur noch schreiben, wenn es gilt, seiner ehemaligen Partei einige herliche Betrachtungen zu widmen. Dazu ist er seinen neuen Verlagsbesitzern offenbar noch gerade gut genug. Herr Bensch führt sich nun besonders berufen, der „Glocke“ einen mit Angriffen auf die SPD. gespickten Nachruf zu widmen, weil er zu den ersten regelmäßigen Mitarbeitern der Parouschen Zeitschrift gehörte.

Ob gerade die Spalten der aus der Stinneschen Kontursmasse weiterverhöferten „D.A.Z.“ der richtige Ort sind, um das Eingehen einer Zeitschrift zu glorifizieren, die der schweren Wirtschaftskrise unterlegen ist, lassen wir dahingestellt. Auch die gebissigen Angriffe, die der abgetatete Stinnes-Schreiber auf die Haltung der „Glocke“ in den letzten Jahren richtet und die Vergleiche, die er mit den Zeiten zieht, in denen er die Tendenz der „Glocke“ mitbestimmte, können auf Sozialdemokraten nur erheiternd wirken. Denn der Mann, der sich am 4. August 1914 mit Stolz zu der kleinen Gruppe bekannte, die gegen die Kriegskredite stimmen wollte, der bald danach mit einem Purzelbaum auf dem äußersten rechten Flügel der Partei landete und der nach Kriegsende Anschluss an Stinnes suchte und fand, weil die Partei seinen Ehrgeiz nicht befriedigte, verdient keine Erwiderung.

Nur gegen seine Schlussätze muß hier Vermohrung eingelegt werden. Bensch schreibt:

„Von den fünf regelmäßigen Mitarbeitern der „Glocke“ sind inzwischen drei gestorben. Die beiden anderen sind den Anfeindungen treu geblieben, die sie damals in den Zeiten brennender Not vertreten haben. Es ist daher begreiflich, daß sie beide der Sozialdemokratie den Rücken zugewandt haben.“

Konrad Haenisch, Parous und Wilhelm Janßon — das sind nämlich die Toten, die Bensch meint — sind als Sozialdemokraten gestorben; sie können sich daher nicht dagegen wehren, daß ihre Namen mißbraucht werden, indem sie in einem Atemzug mit den Namen von zwei Renegaten genannt werden. Uns genügt es aber, festzustellen, daß Paul Bensch und August Winnig politisch tot sind, an lebendigem Leibe verwest.

Bundesbrüder der Deutschnationalen.

Eine Antwort an die „Rote Fahne“.

Der „Rote Fahne“ wie auch der Kommunistischen Partei scheint die Festnagelung der sonderbaren Agitationsmethoden der Kommunisten bei den diesmaligen Wahlen arg in die Glieder gefahren zu sein. Die „Rote Fahne“ bringt eine Erwiderung auf unsere Feststellungen und sagt unter anderem folgendes wörtlich:

„Unser Genosse Waldemar Bressen hat im Gegenteile an Hand von Tatsachen in vielen Wählerversammlungen der SPD. im Kreise Beeskow nachweisen können, daß im Kreisausschuh die Sozialdemokraten den Deutschnationalen die Stange gehalten und nur die Kommunisten bei jeder Gelegenheit den Kampf gegen die Deutschnationalen geführt haben. Da die Sozialdemokratie also keine politischen Argumente gegen die Kommunisten habe, arbeitet sie mit Lüge, Schwindel und Verleumdung, was ihren Bankrott bei den Provinzialwahlen im Kreise Beeskow jedoch nicht aufhalten konnte.“

Man muß sich zwingen, angesichts dieser Mitteilung der „Roten Fahne“ nicht hell zu sehen. Bieleicht weiß die Bezirksleitung der SPD. in Berlin-Brandenburg, Abteilung Wand, die Antwort darauf, wo denn Waldemar Bressen in vielen Wählerversammlungen im Kreise Beeskow gesprochen hat. Bisher ist von einer selbständigen kommunistischen Propaganda sehr wenig zu hören. Im Kreisausschuh sitzen 3 Vertreter der Rechtsparteien und 3 Sozialdemokraten, das siebente Mitglied des Kreisausschusses ist der deutschnational orientierte Landrat als Vorsitzender. Die kommunistische Partei hat keinen Vertreter im Kreisausschuh denn sie stellt nur ein einziges Mitglied für den Kreistag. Da die Ausschuhstimmungen laut Gesetz geheim sind und kein Mitglied bei Strafe eines Disziplinarverfahrens Mitteilungen über die Verhandlungen im Kreisausschuh geben darf, wird es immer das Geheimnis der kommunistischen Partei bleiben, festzustellen wie die Sozialdemokraten im Kreisausschuh stimmen. Das eine Mitglied der kommunistischen Partei im Kreistag, Herr Auf, kam nur gelegentlich zu den Verhandlungen des Kreistages, meistens glänzte er durch Abwesenheit. Wenn er wirklich einmal den Verhandlungen beizuwohnte, gab er sich in der Regel einem gesunden Halbklammer hin. Als Beweis für die obigen Ausführungen dient wohl die Tatsache, daß Auf wegen seines „Konsequenzen“ Kampfes gegen die Deutschnationalen nicht wieder aufgestellt worden ist. Wenn dieser revolutionäre Vertreter wirklich hervorragend gearbeitet hätte, müßten wir nicht, welche Gründe zu seiner Abhaltung vorliegen. Die kommunistische Partei müßte sich drehen und wenden wie sie will, sie kommt um die eine Tatsache nicht herum, daß Herr Bressen in offener Versammlung den von uns im Donnerstagsabend „Vorwärts“ zitierten Ausspruch getan hat. Wie es mit der Wahrheitsliebe der SPD. bestellt ist, zeigen die traggungs gemachten Ausführungen. Wenn für die Verlesung am 22. November können herbeigeschafft werden.

Gegen die bayerischen Putschisten. Sozialdemokratische Interpellation.

München, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorbereitungen der monarchistischen Aktivisten in Bayern haben die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, dem am 1. Dezember zu seiner neuen Session zusammentretenden Landtag eine Interpellation zu unterbreiten, die den Zweck hat, die unterirdischen Umtriebe der putschlüsternden Monarchisten in voller Deffektivität zu klären. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

„Die jüngst bekanntgewordenen monarchistischen Umtriebe in Bayern beunruhigen die öffentliche Meinung in starkem Maße weit über die bayerischen Grenzen hinaus. Mit Rücksicht auf die ständigen politischen Unruhen der letzten Jahre und die durch sie veranlaßte Schädigung des Ansehens Bayerns sind diese neuen Umtriebe geeignet, das Vertrauen in die Festigkeit des bayerischen Staates zu erschüttern und damit eine gedeihliche Entwicklung der bayerischen Wirtschaft sowie die Reichseinheit zu gefährden. Ist die bayerische Staatsregierung bereit, zum Schutze der verfassungsmäßigen Zustände in Bayern die erforderlichen Maßnahmen zu treffen?“

Inzwischen hat sich die Fraktion auch mit dem von der Regierung vorgelegten Amnestiegesetz beschäftigt. Sie kam einstimmig zu der Auffassung, daß der Regierungsentwurf weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Nach der Absicht der Regierungsvorlage sollen im großen und ganzen nur jene Straftaten, die in der Reichsamnestie bereits enthalten sind, amnestiert werden. Für solche Verbrechen und Vergehen sind aber in der Hauptsache Gerichte des Reiches zuständig, so daß die bayerische Amnestie nur ganz geringfügige Auswirkungen haben würde. Eine Ausnahme besteht lediglich bezüglich jener Verbrechen und Vergehen, die seit dem Rapp-Putsch 1920 in Bayern Heimatrecht erlangt haben: Waffenschiedungen, Bildung von militärischen Verbänden, Beleidigung des Reichspräsidenten und dergleichen. Hier wird den rechtsradikalen Hebelstärken in weitestem Maße Straffreiheit zugesichert. Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb beschlossen, eine Erweiterung der Amnestie in der Richtung zu erstreben, daß alle in der Zeit der politischen Wirren und der wirtschaftlichen Not verübten Straftaten im Rahmen der Reichsamnestie berücksichtigt werden.

Probeabstimmung zum Schankstättengesetz. Ein interessanter Versuch.

Aus Hannover wird dem sozialdemokratischen Pressedienst geschrieben: Am vergangenen Sonntag fand in Hannover-Nord eine Probeabstimmung für die Einführung des Gemeindebestimmungsrechts statt. Abstimmungsberechtigt waren alle wahlberechtigten Personen. Auf einem vorgeordneten Stimmzettel wurden folgende Fragen vorgelegt:

1. Wollen Sie, daß die Gemeinde durch Abstimmung ihrer Wähler über Vermehrung oder Verminderung der Schankstätten am Orte zu entscheiden hat, also das Gemeindebestimmungsrecht erhält?

2. Wollen Sie, daß die Gemeinde durch Abstimmung ihrer Wähler die Festsetzung der Polizeistunde zu entscheiden hat, also auch für diesen Fall das Gemeindebestimmungsrecht erhält?

Diese Aktion wurde durch 100 Helfer unterstützt. Sie gaben Flugblätter und Stimmzettel an Hand von Haushaltslisten aus und hielten die Stimmzettel wieder ein. Die Arbeitsgemeinschaft des Gärungsgewerbes und der Gastwirte ersuchten durch Flugblätter und große Inserate in der hannoverschen Tagespresse eine großzügige Gegenpropaganda. Sie gingen dabei aber nicht auf die Fragestellung ein, sondern führten die Leser irre mit der Behauptung, daß sie für die Trockenlegung stimmten. Ferner ereigneten sich Fälle, wo die Wirte den Helfern das Betreten des Hauses verboten haben. Trotz dieses Vorgehens wurde ein Ergebnis erzielt, das die Erwartungen des Ausschusses für das Gemeindebestimmungsrecht weit übertraf. In die Abstimmung wurden 4493 Haushaltungen einbezogen. Es stimmten:

Männer	Frauen	Enthaltungen			
ja	ja	Männer	Frauen		
8867	978	8898	933	674	744

Im ganzen kamen 10 607 Stimmzettel zurück. Von den abgegebenen gültigen Stimmen (also unter Ausschluß der Enthaltungen) stimmten 79 Proz. für und 21 Proz. gegen Einführung des Gemeindebestimmungsrechts. Unter Einbeziehung der Enthaltungen ergaben sich 88,5 Proz. der Stimmen dafür, 18,5 Proz. dagegen und 13 Proz. Enthaltungen. Die Auszählung wurde in Gegenwart des Landesverwaltungsrats Herrn Dr. Andreas-Hannover vorgenommen. Das Ergebnis wird dem Reichstag übergeben.

Die preussische Hauszinssteuer.

Zwei neue Gesehentwürfe.

Die beiden neuen preussischen Gesehentwürfe über die Erhöhung der Miete ab 1. Januar und über die Neugestaltung der Hauszinssteuer sind jetzt dem Staatrat zugegangen. Preußen ist mit der Steigerung der gesetzlichen Miete weit hinter der Höhe der Miete der anderen Länder zurückgeblieben. Bei dieser Sachlage und auch mit Rücksicht auf die am 1. Januar 1926 wirksam werdende Hypothekenaufwertung hält es die Regierung für notwendig, die gesetzliche Miete um 6 Proz. zu erhöhen.

Es soll zur Durchführung der reichsrechtlichen Vorschriften über den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken eine „Gebäudeentlastungssteuer“ mit Wirkung vom 1. April 1926 ab erhoben werden. Die Umtauschung der Hauszinssteuer in Gebäudeentlastungssteuer wird damit begründet, daß auf diese Weise das Wesen der Steuer als einer Geldwertausgleichssteuer bei bebauten Grundstücken und als einer Objektsteuer in dem Rahmen stärker zum Ausdruck gebracht werden müsse. Die Steuer beträgt 40 Proz. des Goldmarkbetrages der Friedensmiete nach Abrechnung der durch Verordnungen bestimmten Rebentstellungen. Der Entwurf zieht die landwirtschaftlichen Gebäude nicht zur Gebäudeentlastungssteuer heran. Er schont die gewerblichen Betriebe durch die gesetzliche Befreiung des Steuergegenstandes auf die Gebäude einschließlich der Hofräume und durch Ausschluß aller mit dem Eigentum an dem Grundstück verbundenen Rechte, durch den Ausschuh der Maschinen und andere Einrichtungen, die gewerblichen Zwecken dienen usw. Den industriellen Unternehmungen kommt weiter zustatten, daß die zur Sicherung von Schulverschreibungen auf den Inhaber eingetragenen Sicherungshypotheken nicht als dingliche privatrechtliche Lasten im Sinne des Gesehentwurfs gelten und dementsprechend von diesen Unternehmungen, wenn andere dingliche Lasten nicht auf diesen Grundstücken ruhen, lediglich der Steuerlast für unbelastete Grundstücke, d. h. 10 Proz. der Friedensmiete, zu zahlen ist.

Bei einer Friedensmiete in Preußen von etwa 3,4 Milliarden ergibt sich, wie in der Begründung des Entwurfs betont wird, bei einer 40prozentigen Steuer 1 360 000 000 Mark Rohaufkommen, bei 29 Proz. Ausfällen und bei den für hilfsbedürftige Mieter aufzuwendenden Beträgen in Höhe von 8 Proz. des Steueraufkommens (76,8 Millionen) ein Reinaufkommen von 883,2 Mil-

lionen Mark. Nach dem Entwurf soll für die Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs in stärkerem Maße auf die Steuer zugegriffen werden als für die Förderung des Wohnungsbau — nämlich mit 24 Proz. der Friedensmiete gegenüber 16 Proz. Bei einer Quote von 16 Proz. würden damit für die Bautätigkeit ab 1. April voraussichtlich nur etwa 353 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Als Entschädigung hierfür wird in der Begründung die Tendenz des Reichsgesetzgebers angegeben, der die Mindest- wie die Höchstquoten für den Finanzbedarf höher festgesetzt habe als für den Wohnungsbau.

Der deutsch-russische Vertrag. Regelung der Wirtschaftsbeziehungen.

Der deutsch-russische Vertrag ist nach seiner Annahme im Reichsrat am Donnerstag dem Reichstag zugegangen. Es handelt sich bei dem Vertragswerk nicht um einen eigentlichen Handelsvertrag, sondern um ein Abkommen zwischen zwei völlig verschiedenen Wirtschaftssystemen. Das Vertragswerk besteht aus dem eigentlichen Wirtschaftsvertrag, der sich aus sieben besonderen Abkommen (Niederlassungsabkommen, Wirtschafts-, Eisenbahn-, Seeschiffahrts- und Steuerabkommen, Abkommen über Handelschiedsgerichte und Abkommen über gewerblichen Rechtsschutz) zusammensetzt, ferner aus einem Konsularvertrag und einem Abkommen über Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten (Zivilrechtsachen); schließlich ist dem Ganzen noch ein Notenwechsel über verschiedene wichtige Fragen und eine Denkschrift beigefügt, die zu einzelnen Bestimmungen Erläuterungen gibt.

Durch das Vertragswerk wird der Rapallovertrag, wie an maßgebender Stelle betont wird, nicht berührt; in Wegfall kommen lediglich die Verträge vom 6. Mai 1921 und 3. November 1922. Der im Rapallovertrag betonte Grundsatz der Reziprozität ist für das Vertragswerk richtungweisend gewesen. Der Vertrag bringt auf rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiet eine Reihe neuer Rechtsgrundlagen, die noch weiter ausgebaut werden sollen. Für den Ausbau werden eine Reihe von Sonderverhandlungen über Zolltariffragen, Urheberrecht, die Sozialversicherung der Arbeiter, Anerkennung von Schiffspapieren und dergleichen stattfinden.

Die Russen legen besonderes Gewicht auf deutsche Zugeständnisse an den russischen Export nach Deutschland an landwirtschaftlichen Produkten, vor allem an Vieh. Es wurde ihnen ein Einfuhrkontingent in Höhe von 41 600 Schweinen jährlich bei Transport auf dem Seeweg unter genauer Sicherung der Quarantänemaßnahmen zugestanden; ebenso fanden sie Entgegenkommen bei Schweinefleisch und bei Pferden. Ein weiteres wichtiges Zugeständnis liegt in der Anerkennung der vollen Exterritorialität des Gebäudes der russischen Handelsvertretung in Berlin, das bisher nur zu drei Fünfteln exterritorial war. Deutschland legte andererseits besonderes Gewicht auf die Sicherung und die Bewegungsfreiheit der deutschen Staatsangehörigen in Russland, auf die Einreiseerleichterung, auf Zugeständnisse in Rechtshilfefragen nach der privatrechtlichen Seite, auf weitgehende und klar umgrenzte konsularische Amtsbefugnisse (Behufsrecht der Konsuln bei Gefangenen, Unverletzlichkeit des Konsuls usw.). Da bis in die letzte Zeit hinein durch Maßnahmen lokaler russischer Behörden entgegen den Abmachungen des Rapallovertrages Beeinträchtigungen des Eigentums oder sonstiger dinglicher Rechte deutscher Staatsangehöriger vorkamen, wurden durch das Schlussprotokoll zu Artikel 8 des Niederlassungsabkommens derartige Uebergriffe für die Zukunft ausdrücklich unmöglich gemacht. Gegenwärtig besteht in Russland nur ein Erbrecht zugunsten der nächsten Verwandten und etwa bis zu 10 000 Rubel; deshalb ist das Nachlassabkommen mit seinen Bestimmungen über das materielle Erbrecht von besonderem Interesse. Die erbrechtlichen Verhältnisse bestimmen sich, wie der § 13 des Nachlassabkommens festsetzt, in Ansehung des beweglichen Nachlasses nach den Gesetzen des Staates, dem der Erblasser zur Zeit seines Todes angehört. In Ansehung des unbeweglichen Nachlasses bestimmen sich die erbrechtlichen Verhältnisse nach den Gesetzen des Staates, in dessen Gebiet dieser Nachlass liegt.

Die Dauer des Vertragswerks wurde angesichts der noch immer schwierigen und unsicheren Verhältnisse in Russland vorerst nicht lange befristet. Der Konsularvertrag mit dem Nachlassabkommen läuft fünf Jahre, bei dem Hauptvertrag sind die meisten Abkommen auf zwei Jahre, das Handelschiedsgerichtsabkommen auf vier Jahre befristet.

Nordpaktpläne.

Ohne Russland nicht!

Kopenhagen, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Vor einiger Zeit repte der finnische Professor Erich an, ein „Locarno im Norden“ herbeizuführen, indem die skandinavischen Staaten wie Russland gegenseitig die skandinavischen Grenzen und die Grenzen der skandinavischen Staaten gegen Russland garantieren sollten. Dieser Gedanke wurde in Schweden sympathisch aufgenommen. In Dänemark und Norwegen nicht unfeindlich. Da von Russland keine Äußerung kam, repte der finnische Professor weiter an, solche Verträge auch ohne Russland abzuschließen, eventuell statt Russland eine Großmacht des Westens als Garant hinzuzuziehen. Dieser Vorschlag ist allgemein auf das schärfste zurückgewiesen worden. Das größte norwegische Blatt, „Tidens Tegn“, erklärt, anscheinend offiziell, daß Norwegen am sichersten sei, wenn es in seiner isolierten Stellung verharre. Für Norwegen käme nur ein Garantievertrag mit Schweden in Frage, und dem habe es eben abgelehnt. Der Stockholmer „Socialdemokraten“, das Organ der regierenden Partei, lehnt ebenfalls ab. Er schreibt: „Es ist klar, daß ein allgemeiner nordischer Locarnopakt, unter dem Russlands Unterschrift fehlt, mehr dazu geeignet ist, die Gegensätze zu verschärfen, als sie zu überwinden und zu veröhnen.“ Das Organ der dänischen Sozialdemokratie und der gegenwärtigen dänischen Regierung, der Kopenhagener „Socialdemokraten“, zitiert diese Äußerung und bemerkt, daß Dänemark der gleichen Ansicht sei.

Die türkische Reaktion.

Aufstand in Erzerum.

Die strenge Trennung von Staat und Kirche, die die Regierung von Angora durchführt, ist schon im Ausdauersland gegen die neue Türkei ausgenutzt worden. Vor kurzem hat man die Verwicklungen — das Töten des trabischen Ihs und Turban verboten, weil diese Kopfbedeckungen Zeichen des mohammedanischen Glaubens sind. Dies scheint die Reaktion wieder nicht d. Iden zu wollen. Die offizielle Depeschengattung in Angora meldet:

Berschiedene Agitatoren, die wegen ihrer Spionagetätigkeit bekannt, später aber amnestiert worden sind, haben einen Teil der Bevölkerung von Erzerum zu Kundgebungen aufgereizt. Die Demonstranten zogen vor das Gebäude des Ihs und riefen: Wir wollen keine Hüte! Sie wurden zerstreut. 27 Personen wurden verhaftet. Die Bevölkerung verlangt strenge Bestrafung der Aufhörer. Die Regierung proklamierte den Belagerungszustand in Erzerum für einen Monat, um die Bewegung schnell zu unterdrücken. Die Nationalversammlung nahm ein Gesetz an, das das Töten von anderen Kopfbedeckungen als Hüten verbietet.

Gewerkschaftsbewegung

Geschichtsfälschung.

Oder Selbstentlarung der Moskowiter.

Genosse Dudgeest, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, schreibt in den Presseberichten des IGB vom 24. November:

Die trampfhaften Anstrengungen, die gewisse Führer der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) dauernd machen müssen, um ihre Anhänger womöglich von der Güte ihrer Sache resp. den revolutionären Aussichten in Europa zu überzeugen und neue Jünger für die Sache der Einheitsfront zu finden, haben zur Folge, daß sie es oft mit der Wahrheit nicht allzu genau nehmen.

So enthält z. B. das offizielle Organ der russischen Gewerkschaftsbewegung „Trud“ in seiner Nummer vom 29. Oktober einen Angriff gegen den Vorsitzenden des niederländischen Gewerkschaftsbundes, Stenhuis, in dem es u. a. heißt: „Die russischen Gewerkschaften waren gezwungen, die RGI zu organisieren, da die Amsterdamer Internationale sie nicht nur nicht aufnehmen wollte, sondern auch zahlreiche Arbeiter ausschloß, die die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung unterstützten. Die RGI wurde lediglich infolge dieser Spaltungspolitik und der daraus entstehenden Verwirrung ins Leben gerufen.“

Dies ist ganz einfach Geschichtsfälschung! Bis zum Augenblick, als die RGI gegründet wurde, d. h. am 20. Juli 1920, erhielt der Internationale Gewerkschaftsbund von keiner russischen Organisation ein Beitrittsgeheiß. Er war demnach gar nicht in der Lage, die Russen nicht aufzunehmen. Dagegen war damals kein einziger Arbeiter ausgeschlossen, der die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung unterstützte, wie sich auch keine einzige Organisation von der Bewegung losgetrennt hatte, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Organisationen vor dem 20. Juli 1920 nicht dazu aufgefordert wurden.

Die Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung verschiedener Länder ist erst nach der Errichtung der RGI eingetreten. Daß es sich bei den Ausführungen des „Trud“ um eine Geschichtsfälschung handelt, geht zum Beispiel auch aus einem Artikel Djosowskys in der „Roten Gewerkschafts-Internationale“ (Juli-August 1925) hervor, der den Sachverhalt wie folgt schildert:

„Als im März 1919 (!) die Kommunistische Internationale entstand, war es offenbar, daß es notwendig sei, den Kampf der revolutionären Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften in dieser oder jener Form zu vereinheitlichen, was natürlich ohne Schaffung einer internationalen Zentrale nicht zu verwirklichen war. Besonders klar wurde dies dann, als die Amsterdamer Internationale entstand, die ihre Tätigkeit damit begann, daß sie mit dem Völkerbunde und den Unternehmerorganisationen in dem eigens hierfür geschaffenen Internationalen Arbeitsamt eine organische Verbindung anknüpfte. Diese offene Arbeitsgemeinschaft und der direkte Kontakt der führenden Spitzen im politischen und wirtschaftlichen Kampf riefen unter den Arbeitermassen die Reigung zum Verlassen der Gewerkschaften hervor; damals tauchte auch die Theorie der Zerstörung der Gewerkschaften auf, wogegen W. I. Lenin mit seiner scharfsinnigen Schrift „Die Kinderkrankheiten des Radikalismus im Kommunismus“ hervortrat.“

Damit sind die Ausführungen des „Trud“ Lügen gestraft und man sieht wieder einmal, daß Rostau je nach Bedarf mit geschichtlichen Tatsachen jongliert.

Wenn es nicht immer wieder Raive gäbe, die in ihrer Unkenntnis und Unerfahrenheit auf die bewußt verfolgten „Parolen“ der Moskowiter hereinfielen, könnte man die Diskussion über die kommunistische Gewerkschaftspolitik längst für geschlossen erachten. Gewiß ist die Zahl dieser von dem Lebenswirklichkeiten Entrückten auf dem europäischen Festlande im Abnehmen. Das ist vor allem dem Umstande zuzuschreiben, daß die Kommunisten während der sieben Jahre ihrer verhängnisvollen Tätigkeit so viele Proben ihrer Arbeiterfeindschaft, zerstörenden Politik geliefert haben, daß ein Irrtum darüber bei jedem Urteilsfähigen einfach nicht mehr möglich ist.

Anders liegen die Dinge zurzeit aber noch in England, wo die Kommunisten bisher ein harmloses Scheitern führten. Dudgeest wendet sich mit seiner Feststellung insbesondere an die englischen Gewerkschaften, die gegenwärtig von Rostau besonders umworben werden.

Für uns in Deutschland ist die Frage entschieden. Die Kommunisten mögen sich noch so sehr anstrengen. Sie mögen sich noch so sehr bemühen, ihre Krallen einzuziehen. Wir wissen nur zu genau, daß gleich am Gründungskongreß der KPD. Anträge vorlagen, den Austritt aus den Gewerkschaften zu propagieren und die Mitgliedschaft bei der KPD. für unvereinbar zu erklären mit der Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften. Wir wissen, daß dann nach dem Rezept von Lenin die planmäßige Zerstörung der Gewerkschaften von innen heraus erfolgte und, als dies nicht gelang, die Gründung kommunistischer Spaltungsorganisationen erfolgte, und zwar nicht allein in Deutschland, sondern in allen Ländern, wo die Kommunisten eine nennenswerte Anhängerzahl hatten.

Jetzt stößt man wieder mit der „Einheitsfront“, weil die kommunistischen Organisationen schimpflich zusammengebrochen sind. Wenn es aber noch eines Beweises bedürfte, daß auch diese Pläne nur ein „Manöver“ sind, dann genügt es, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Bolschewisten gar nicht daran denken, ihre angeblich rote Gewerkschaftsinternationale aufzulösen oder ihre Zellenbildung einzustellen. Die kommunistisch gesteuerten Arbeiter wissen, daß sie in den Gewerkschaften genau dieselben Rechte und Pflichten haben wie alle anderen Mitglieder, und daß sie niemals wegen ihrer politischen Gesinnung innerhalb der Gewerkschaften bestraft werden. Die sozialdemokratisch gestimmten Arbeiter aber wissen ebenfalls, daß die Kommunisten diese Gleichberechtigung nie anerkennen und rücksichtslos und brutal gegen Andersdenkende vorgehen, wenn sie die Macht in Händen haben. Und deshalb verlangen die Pläne nicht mehr.

Für die arbeitslosen Angestellten.

Gesekentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Tag für Tag spielen sich, infolge der mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise verbundenen Steigerung der Arbeitslosigkeit der Angestellten, wahrhaft erschütternde Szenen ab. Angestellte, die länger als zehn Jahre in einem Betriebe redlich und fleißig ihre Pflicht erfüllt haben, werden entlassen. Da sitzen erkrankte Männer in den Bureaus vor ihrem Schreibtisch und zermartern sich das Gehirn bei der Frage, wann und wie sie das schreckliche Wort „arbeitslos“ ihrer Familie mitteilen sollen. Wer die furchtbaren Szenen kennt, die sich da in der Stille abspielen, der wird den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Gesekentwurf über die Unterbringung von arbeitslosen Angestellten und über den Schutz langjährig tätiger Angestellter vor Entlassung besonders begrüßen. Der Gesekentwurf lautet:

§ 1. Alle Unternehmen und Verwaltungen des privaten und öffentlichen Rechts sind verpflichtet, beim zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis alle offenen Stellen, die mit Angestellten besetzt werden sollen, anzumelden. — § 2. Angestellte im Sinne dieses Gesetzes sind Personen, die nach § 1 des Angestelltenverfügungsgesetzes versicherungspflichtig sind. § 3. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, offene Stellen durch den öffentlichen Arbeitsnachweis zu besetzen, soweit dieser in der Lage ist, geeignete Bewerber nachzuweisen. Für die Vermittlungstätigkeit gelten die Vorschriften der §§ 40 und 41 des Arbeitsnachweisgesetzes. Ist der öffentliche Arbeitsnachweis nicht imstande, geeignete Bewerber vorzuschlagen, so steht dem Arbeitgeber eine anderweitige Befestigung frei. Der öffentliche Arbeitsnachweis hat dem Arbeitgeber binnen einer Woche davon Mitteilung zu machen. § 4. Die Ausschreibung offener Stellen durch Chiffreanzeigen ist verboten. § 5. Arbeitnehmer, die länger als zehn Jahre in einem Betriebe als Angestellte tätig sind, dürfen nur bei Vorliegen eines wichtigen, auf ihr Verschulden zurückzuführenden Grundes entlassen werden. § 6. Arbeitgeber, die den Vorschriften dieses Gesetzes zuwiderhandeln, werden in jedem Falle mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 3000 Reichsmark oder mit beiden Strafen bestraft. § 7. Das Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Buchdrucker, geht zur Wahl!

In letzter Stunde weisen wir noch einmal auf die am Montag stattfindenden Wahlen der Delegierten und der Bezirksleitungen hin; die Versammlungslokale sind in den letzten Mitteilungen Nr. 17 bekanntgegeben. Von unseren Funktionären und Parteigenossen erwarten wir, daß sie heute noch einmal in den Betrieben und auf dem Arbeitsnachweis in geeigneter Weise auf die Bezirksversammlungen hinweisen und auf deren Wichtigkeit besonders aufmerksam machen. Aber auch alle Kollegen außerhalb des Berufs werden dringend ermahnt, diesen wichtigen Versammlungen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihrer Wahlpflicht zu genügen.

Wir haben bereits am Mittwoch voriger Woche an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß sich die Wahlen in einigen Bezirken zu einem Wahlkampf gestalten werden und verweisen in diesem Zusammenhang erneut auf den vierten und zehnten Bezirk. Hier müssen alle Kräfte gesammelt werden, um den Kommunisten zu beweisen, daß sie uns gerüstet finden.

Gerade solche Wahlen müssen uns die beste Gelegenheit sein, um den Kommunisten immer wieder das Ruhlose ihres Beginns vor Augen zu führen, damit ihnen die Lust zu weiteren „Eroberungs“-Angriffen gegen unsere Organisation vorgeht.

Kollegen! Mit eurer Unterstützung hat die Richtung Amsterdamer im vorigen Jahre sämtliche Bezirke erobert können. Eure gewerkschaftliche Ehre muß euch gebieten, in diesem Jahre die gewonnene Position zu sichern. Sorgt deshalb für einen Massenbesuch unserer Bezirksversammlungen am Montag. Darin allein liegt die beste Gewähr für einen Wahlausgang im Sinne der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung. Der Fraktionsvorstand. J. A.: Otto Fiedler.

Die Textilarbeiter in Bombay harren aus.

Alles hängt von weiteren Geldsendungen ab.

Der IGB teilt mit: Trophem der Streik der Textilarbeiter in Bombay bereits zehn Wochen dauert und die Lebenslage der Betroffenen zusehends schlimmer wird, harren die Arbeiter aus. Man kann angesichts der Engherzigkeit der Streikenden und der Haltung der Unternehmer damit rechnen, daß der Konflikt mindestens noch einen weiteren Monat dauern wird. Wenn verhütet werden soll, daß die bis jetzt von der internationalen Gewerkschaftsbewegung durch Vermittlung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Textilarbeiterinternationale aufgebrachtene Summen weggeworfenes Geld seien, so müssen weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die bis jetzt im Gebiet der Textilfabriken errichteten neun Hilfsstellen, die immer mehr in Anspruch genommen werden, aufrecht erhalten werden können.

Da den Mitteilungen des Hilfskomitees zufolge alles von weiteren Geldsendungen abhängt und in der Haltung der offiziellen Instanzen doch allmählich ein Umschwung einzutreten scheint, was u. a. aus einer Mitteilung der „Times“ hervorgeht, laut welcher sich der Staatssekretär für Indien bereit erklärt hat, eine Delegation des Generalrats des Britischen Gewerkschaftsbundes zur Besprechung der Frage der Einleitung einer Erhebung zu empfangen, ist die sofortige Beschaffung weiterer Mittel von größter Wichtigkeit.

Die Anorr-Bremse vor der Entscheidung.

Wiederholt hat sich die Öffentlichkeit mit den Zuständen in der Anorr-Bremse beschäftigt, ohne daß eine Veränderung erfolgt ist. Am 1. Dezember ist hier Neuwahl des Betriebsrats. Um diesen Posten bewerben sich für 2800 Arbeiter die freien Gewerkschaften und die „vaterländisch“ gestimmten Arbeiter. Erstere mit 32, letztere mit 50 Kandidaten. Bei den 600 Angestellten sieht es noch trüber aus. Hier stehen der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der Verein der Vaterländischen Angestellten den im Ansbund organisierten Werkmeistern und Technikern, sowie einer Listenverbindung von Ufa-Angestellten mit Christlichen gegenüber.

Sehen wir uns nun die vaterländischen Arbeiterkandidaten an, so steht fest, daß ein großer Teil sich um den Spitzenkandidat als Obmann der Technischen Rothilfe scharf, der bereits Rauscherdienste bei Volvo, der Eisenbahn, bei Lange u. Co.zeit sowie bei Armin Tenner geleistet hat. Weitgehendste Unterstützung wird ihnen vom Betriebsleiter Dito gewährt, der als Mitglied des Bezirksarbeitsnachweises Lichtenberg es vorzieht, gemeinsam mit dem Bureauvorsteher Schneider zum Teil für den Betrieb ungeeignete Arbeitskräfte von den nationalistischen Arbeitsnachweisen zu beziehen. Stellenvermittler gehen im Gegenteil ein und aus. Bis in die letzte Zeit sind Entlassungen von jahrelang bemühten Kollegen wegen Arbeitsmangel vorgekommen, trotzdem fast täglich Neueinstellungen erfolgen, worunter viele Kollegen sind, die nur gezwungen den Radweis der „Vaterländischen“ benutzen.

Denunziation mit folgender Bestrafung anstatt praktischer Solidarität sind an der Tagesordnung, daher auch Affordoverdienste von 50-130 Pf. pro Stunde. Durch den Abbau von ungefähr 2000 Arbeitern und 50 Angestellten hat sich leider ein Teil beider Gruppen den „Vaterländischen“ eingeschrieben, um die Stellung nicht zu verlieren.

Bei den Angestellten sieht es noch trüber aus. Stehen doch auf der Liste der „vaterländischen“ Angestellten Betriebsleiter als Kandidaten, bei denen von praktischer Erfahrung wenig zu spüren ist und die sich gegen berechnete Forderungen der Arbeiterchaft jederzeit schüßend auf Unternehmerseite stellen.

Arbeiter, Angestellte! Soll das so weitergehen? Fast täglich könnt ihr feststellen, daß diese Zerrissenheit vom Unternehmer ausgenutzt wird, um Verschlechterungen einzuführen. Schließt euch deshalb den freien Gewerkschaften an. Es geht um eure Existenz und die eurer Familien. Denkt daran und gebt eure Stimme den freien Gewerkschaften.

Die Ausnützung der Krise.

Dortmund, 27. November. (Rth.) Die Verwaltung der Zeche „Berne“ hat dem Betriebsrat mitgeteilt, daß es möglich sein werde, die Stilllegung der Zeche zu verhindern, wenn die Belegschaft auf 6 Proz. ihrer Bezüge verzichte, also auf die Vorteile des vor kurzem für verbindlich erklärten Schiedsspruches. Die Zeche würde dadurch den südlichen Randzechen, für die bekanntlich der neue Schiedsspruch keine Geltung hat, gleichgestellt.

Kurz, klar und scharf wird in diesem Bericht die Ausnützung der Krise durch die Unternehmer beleuchtet. Bevor heute ein Schiedsspruch verbindlich erklärt wird, der eine Erhöhung der Löhne bedingt, wird sorgfältig geprüft, einmal, ob die Lohnerhöhung im Verhältnis zu den übrigen Löhnen als notwendig und gerechtfertigt erscheint, weiter aber, ob sie für die „Wirtschaft“, d. h. das betreffende Unternehmen, tragbar sei. Die Verbindlichkeitsklärung läßt erkennen, daß beide Voraussetzungen als gegeben erachtet wurden.

Die Zecheverwaltung aber droht der Belegschaft mit der Hungerperle, falls sie den ihr aus der Verbindlichkeitsklärung erwachsenden Vorteil der Lohnregulierung nicht preisgibt. Von einer eigentlichen Lohnerhöhung ist nicht die Rede, vielmehr handelt es sich um eine nachträgliche Erhöhung der bisher zu niedrigen Löhne.

Die südlichen Randzechen sind meist stillgelegt worden trotz niedriger Löhne. Dieser Fall der Sabotage eines verbindlich erklärten Schiedsspruches erfordert, daß der Drohung der Stilllegung gründlich nachgegangen wird.

Achtung, Studgruppen!

Die Differenzen auf der Baustelle Saalbau Schweizergarten sind beigelegt.

Achtung, Bauarbeiter und Zimmerer!

Die Sperre bei der Firma Gutta, Neubau Häften in Tempelhof, Berliner, Ecke Burggrafenstraße, ist aufgehoben. Deutscher Bauarbeiterbund, Baugewerkschaft Berlin. Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Glöckner; Familien: A. S. Wöhrer; Soziales und Sonstiges: Fritz Kahlstädt; Anzeigen: H. Glöckner; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornström-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Bornström-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Siner u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Witz“.

„Komet-Freilauf“
gehört in jedes Fahrrad!
Unverwundlich im Gebrauch!

Die Gerechtigkeit hat gesiegt!



Wir haben es immer als eine Unbilligkeit empfunden, daß unsere leichtgewichtige, aber hochwertige Zigarette dieselbe hohe Steuer tragen mußte, wie dickformatige Zigaretten minderer Qualität. Die neue Tabakgewichtssteuer hat mit dieser Ungerechtigkeit aufgeräumt! Wir sind dadurch in die Lage versetzt, die Qualität unserer Zigaretten bedeutend zu verbessern und dem Raucher wieder die echt russische MAIKAPAR-Zigarette zu liefern, wie sie auf Grund jahrzehntelanger Erfahrungen nach den Rezepten unserer russischen Fabriken hergestellt wird.

Nicht die Quantität, sondern die Qualität macht es!

Verlangen Sie unsere Mokka-Marken: Mokka-Prima 4 Pf., Mokka-Extra 5 Pf., und unsere neue Goldmundstückzigarette „Zwetok“ (5 Pf.)

A. S. MAIKAPAR A. G.
Fabrik echt Russischer Zigaretten.

LAWRENZ

Stuf Kredit.



es durchaus nicht darauf an, daß Geschäfte auch noch außen als Abzahlungsgeschäfte firmieren. Es ist eine Tatsache, daß ein großer Teil von Geschäften, die bisher nur gegen bar verkauft haben, der Not der Zeit folgend, dazu übergegangen sind, Kredit- und Ratenzahlungen zu gewähren. Man kann das nicht bloß in den Branchen beobachten, die bisher stets als die Hauptdomäne der Abzahlungsgeschäfte galten, bei den Konfektionsgeschäften, bei den Möbelgeschäften, sondern selbst Branchen, die vor dem Kriege niemals gegen Abzahlung verkauft haben (wir nennen hier nur Automobile und Pianos), sind dazu übergegangen, Kreditgeschäfte zu machen. Man kann heute alles auf Abzahlung haben. Aber auch reine Abzahlungsgeschäfte sind in großem Umfange neu entstanden. Sie verschwinden allerdings zum allergrößten Teil so schnell wie sie aufgetaucht sind und kehren dann häufig unter anderem Namen wieder. Der Geschäftsgang in den Abzahlungsgeschäften ist zurzeit kein günstiger. Ganz begreiflich, denn nur wenigen Kunden wird die Ware ohne Anzahlung mitgegeben, die meisten müssen eine Anzahlung leisten und selbst diese fehlt den Kauflustigen. Gekauft werden heute in der Hauptsache Artikel, die unbedingt zum Leben notwendig gebraucht werden, also Winterkleidung, Herren-, Damen- und Kinderwäsche, Anzüge, Kleider, Kostüme und wolleene Unterzeuge. Auch bei der Anschaffung von Möbeln ist bedauerlicherweise der Preis- und nicht die Qualität das ausschlaggebende Moment. Gerade diejenigen, die nicht bloß von heute auf morgen rechnen, sondern weiter denken, hüten sich, allzugroße Verpflichtungen zu übernehmen. Es ist ganz charakteristisch, daß bei den Möbeln hauptsächlich Betten abgesetzt werden und Chaiselongues, die bei den viel- fach unzureichenden Wohnungsverhältnissen als Schlafgelegenheit benutzt werden.

gegenkommen zu gewähren. Ihrer gibt es aber leider nur sehr wenig. Die meisten versuchen durch Mahnungen, indem sie Briefe oder Boten in das Haus des säumigen Schuldners schicken, weitere Zahlungen zu erhalten. Zum Verlangen entschließen sich die Geschäfte nur in den allerletzten Fällen, sie zahlen schließlich die Gerichtskosten noch drauf und wissen nicht, ob sie jemals ihr Geld wiedersehen werden. Die Zahl der Offenbarungseide, die heute auf den Gerichten geleistet werden, hat nämlich eine sehr bedenkliche Zunahme erfahren. Hinzukommt, daß die Zahl der Eigentumsverflechtungen sehr groß ist. Gewöhnlich gehören die im Haushalt eines Käufers befindlichen Sachen nicht diesem, sondern einer dritten Person, der Frau, den Kindern, Verwandten usw. Wenn sich ein Geschäft dazu entschließt, trotz der Ausfallrisiko augenblicklich die Forderung eintreiben zu können, eine Klage bis zum vollstreckbaren Urteil durchzuführen, dann tut es das, weil die Aussicht besteht, daß die Verhältnisse des Schuldners sich bessern werden. Man kann ohne Uebertriebung annehmen, daß höchstens 10 Proz. der Schuldner verklagt werden, die nicht zahlen.

Wir müssen uns heute damit abfinden, daß eine große Anzahl von Käufern nicht in der Lage ist, ihren Bedarf an anderen als lebensnotwendigen Gütern durch Barkäufe zu decken. Diese Tatsache hat einen großen Ausschlag der Abzahlungsgeschäfte in Deutschland zur Folge gehabt und es ist nicht uninteressant, einmal festzustellen, welche Zusammenhänge zwischen der Lage der Arbeiter- und Angestelltenchaft und dem Geschäftsgang der Abzahlungsgeschäfte im allgemeinen besteht.

Der Geschäftsgang als Barometer.

Wenn wir das Abzahlungsgeschäft als ein Unternehmen ansehen, dessen Hauptzweck darin besteht, Waren in kleineren Mengen direkt an die Verbraucher gegen Zahlung von Raten abzusetzen und wenn wir als ein ferneres Wesensmoment der Abzahlungsgeschäfte feststellen, daß die Ware sofort nach Abschluß des Kreditvertrages an den Käufer gelangt, dann müssen wir feststellen, daß eine starke Zunahme der Abzahlungsgeschäfte stattgefunden hat. Dabei kommt

Zahlungsausfälle.

Bezeichnend für die Lage ist die Tatsache, daß die Zahlungsausfälle bei den Abzahlungsgeschäften sehr stark sind. Es kommt heute weniger vor, daß Kreditschwindler auftauchen. Das ist nicht etwa eine Folge der genauen Kartotheken, denn die Abzahlungsgeschäfte informieren sich genau, bevor sie ihre Ware weggeben. Der Kreditschwindel lohnt sich heute nicht mehr. Er besteht in der Hauptsache darin, daß die Betrüger eine möglichst kleine Anzahlung leisten, nicht weiter zahlen und die Ware sofort verkaufen. Das nährt heute aber nicht mehr seinen Mann. Denn es gibt sehr wenige, die in der Lage sind, Ware gegen bar zu kaufen. Dagegen sind die Ausfälle in nicht betrügerischer Absicht sehr stark. Ihre Ursache ist meist plötzlich eingetretene Arbeitslosigkeit oder Krankheit. Kulante Abzahlungsgeschäfte suchen in diesen Fällen den Schuldner Ent-

Im großen und ganzen gibt die Lage der Abzahlungsgeschäfte ein getreues Spiegelbild unserer Wirtschaftslage. Augenblicklich sind die Abzahlungsgeschäfte ein unentbehrlicher Faktor für unser Wirtschaftstleben. Sie sind, um es trost auszubringen, ein notwendiges Übel. In England sind die Konsumvereine dazu übergegangen, Waren auf Kredit zu geben und auch in Deutschland wäre dies das einzige Mittel, um die unentbehrlichen, aber durchaus nicht wünschenswerten Abzahlungsgeschäfte entbehrlich zu machen. Aber bevor es dazu kommt, bis die Kapitalkraft der Konsumvereine so weit gestärkt ist, daß sie dazu in der Lage sein werden, wird noch manch Tröpflein in die Spree fließen.

Das Disziplinarverfahren gegen Hauptmann Heister. Gegen Polizeihauptmann Heister, den vielerwähnten Zeugen aus dem Prozeß der Gräfin Bothmer, ist bekanntlich ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, das, wie wir erfahren, vor dem Disziplinarhof in Berlin läuft. Zum Untersuchungskommissar ist Regierungsrat Karbe vom Regierungspräsidium in Potsdam ernannt worden, der auch bereits mit den Vernehmungen in dieser Affäre begonnen hat. Die Verteidigung Heisters hat Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt übernommen.

Die Passion.

Roman von Clara Diebig.

Aber sie hatten nicht die Geduld wie Eva, und sie waren eben auch nicht so vertraut mit dem Meer, das empfand Eva mit Stolz. Ja, sie, sie hatte das Meer bevorzugt, ihr allein hatte es von seinem Bernstein spendet!

Der Brief, den Eva der Mutter nach Hause schrieb, war glücklich. Es gefiel ihr sehr gut hier, und sie war auch sehr wohl. Sie hatte schon zwei Pfund zugenommen. Sie lag immer in der warmen Sonne im Sand; wenn die anderen Burgen bauten oder Spiele machten, oder spazieren gingen, dann machte sie nicht mit, sie hatte dazu keine Lust.

Eva hatte sich eine Mulde ausgehoppelt mit ihrer Holzschaukel; eifersüchtig wachte sie darüber, daß keine andere kam und sich da hineinlegte. So war es am schönsten. Hier lag sie auch heute wieder ganz allein, tief eingebettet. Sie hörte die Klänge des Orchesters, das, von der Terrasse des Hotels herunter, die Begleitung abgab zum Rauschen der Wogen.

Das Meer, das liebe Meer, das hatte eine Stimme. Es sang! Es sang heute lauter als sonst. Eva hörte ganz deutlich, was es sang: „Komm, komm!“ Sie richtete sich auf und blinzelte hinaus auf die weite Fläche, deren Bläue überhustet wurde von weißen schäumenden Gischtöpfen.

Es war heute stärkerer Wind als bisher; die Kinder, die heute morgen unter der Aufsicht der beiden jugendlichen Helferinnen gebadet hatten, konnten nicht genug rühmen, wie herrlich das heute gewesen war. Sie hatten gar nicht heraus mögen aus dem Wasser. Mit dem Rücken hatten sie die herankommenden Wellen aufgefangen, waren übergossen worden vom schäumenden Gischt, waren auch umgeworfen worden, hatten dann aber erst recht gejauchzt. Zu Dreien und Vierern hatten sie sich angefaßt, zuseht waren sie alle in langer Reihe den Wellen entgegengelassen und hatten geschrien, gehübelt.

Wie schön mußte das sein, wie wunderschön! Das Meer breitete seine Arme aus, nahm und wiegte — o, wie sanft das wiegte! Gleich den Mädchen schaukelten sich weiße, hell- beschaltete Körper auf der auf- und abwogenden Flut. Eva hatte von ferne gestanden und schneeförmig zugeesehen. Sie durfte nicht baden; das war die erste Enttäuschung hier gewesen. Eine sehr große Enttäuschung, denn gerade darauf hatte sie sich am meisten gefreut. Aber der Arzt, dem die

Kinder hier vorgestellt wurden, hatte es für Eva nicht angezeigt gefunden; sie sollte nur Luft und Sonne genießen und viel ruhig liegen am Strand. Es hatte Eva Tränen gefloßt, aber an die Mutter schrieb sie es nicht. In Jegenieil, in ihren Briefen schilderte sie das herrliche Baden so recht ausführlich, und wie mutig sie war und sich vor keiner noch so großen Welle fürchtete. „Sei nur recht vorsichtig,“ schrieb die Mutter zurück.

„Bah, ihr tat das Meer ja nichts! Das war ihre Freundin, eine so gute Freundin, wie sie noch nie eine in ihrem Leben gehabt hatte. Eva hatte jetzt öfter als früher den Wunsch, eine Freundin zu besitzen; nun ging sie ja schon ins zwölfte Jahr.

Verträumt lag Eva in der warmen Sandmulde. Fräulein Müller kam noch zu ihr heran: „Weißt du hübsch liegen. Wie anderen machen noch einen Spaziergang in den Wald. Du willst wohl nicht mit?“ O nein, sie wollte nicht mit, ohne Bedauern sah sie die anderen gehen. Jetzt blieb sie allein mit ihrer Freundin.

Die Badestunde war vorüber, es war nun einsam am Strand. Viele Gäste waren überhaupt noch nicht da, die Saison fing erst an, aber eine Kapelle spielte schon: Tänze, Polpourris, die neuesten Schlager, und jetzt das Schönste, etwas recht Sehnsüchtiges. Eva zog die langgezogenen Töne ein; es klang ein Horn, dieser Klang durchrieselte sie. Sehnsüchtig hingens sich ihre Blicke an die beplänzte Fläche des Wassers, ihre Gedanken tauchten unter in jene ewige Weite.

Eva starrte und starrte, bis ihr alles verschwamm vor den Augen. Die Musik spielte nicht mehr, doch sie hörte noch immer den langgezogenen weichen Ruf, aber der klang jetzt nicht mehr, der lockte. O, das Meer, das Meer, das war es, was rief! Das war es, was lockte, unwiderstehlich. Und wie unwiderstehlich gezogen, stand sie auf, schüttelte mechanisch den Sand aus ihrem roten Kleidchen. Es war niemand da, nur noch das Meer und sie, nun konnte sie es wagen. Das Paddeln am Ufer war ihr ja erlaubt — niemand sah es, wenn sie jetzt würde ein wenig weiter hineingehen. Ach, nur einmal sich wiegen lassen, schaukeln, die Arme ausbreiten, dem Meer entgegenlaufen!

„Komm, komm!“ Es lockte. „Ich komme!“ Mechanisch streifte Eva Schuhe und Strümpfe ab, ließ Eimerchen und Geräte liegen, ging erst langsam, dann rascher und rascher ins Wasser hinein. Sie ließ, sie slog mit ausgebreiteten Armen dem Meer, der Freundin entgegen. Ihr

rotes Röschchen wehte, in blauer Sonne leuchtete es weißhin wie eine Flamme. Orell wie Mädchen schrei erklang die Kinderstimme.

Zubeulnd, besinnungslos, rannte Eva immer weiter ins Wasser hinaus. „Halt!“ schrie einer hinter ihr her. Sie hörte nicht.

Als Olga benachrichtigt wurde, daß Eva krank geworden sei, nahm sie Urlaub im Geschäft. Man bewilligte ihr den sofort, denn die Willowski sah so aus, als könnte sie jeden Augenblick umsinken. Was fehlte ihrer Eva? Woran war sie erkrankt? Das hatte man der Mutter nicht geschrieben. Aber die Karte des Fräulein Müller war so aufgeregte, daß Olga aus der ganzen Art und Weise schloß; es stand wohl schlimm mit Eva. Daß diese selber darunter geschrieben hatte „Gruß von Eva“, das beruhigte sie nicht.

Im Atelier fühlten alle mit der Willowski: die hatte wahrhaftig ihre Not mit dem Kind. —

Man hatte es nicht erwartet, daß die Mutter der kleinen Willowski sich sofort aufmachen würde und herkommen. Als Olga bei dem großen Haus anlangte, vor dessen Tür auf einem zertretenen Rasenplatz rohe Bänke und Tische aufgeschlagen waren und Kinder saßen und ihre Milch tranken, war Fräulein Müller gerade einmal fortgegangen. Und das andere Fräulein auch. Olga hatte zuerst nach dem Fräulein Müller gefragt, nun fragte sie nach ihrer Eva. Sie traute sich kaum zu fragen. Ihr Herz klopfte vor Anst, ihre Blicke slogen umher: Eva war nicht unter den Kindern. Bettlägerig?

„Die Eva Willowski ist krank,“ antwortete ihr ein größeres Mädchen, an das sie sich gewendet hatte. Sofort war sie umringt von der ganzen Schar. Alle schnatterten auf sie ein, alle wühlten sie etwas: „Am Krankenhaus liegt sie“ — „Rheumatismus hat sie“ — „Aee, miß'n Herzen was“. Und ein ganz kleiner Knirps von einem Jungen, der auch bei den Mädchen war, quakte mit seiner treiflichen Kinderstimme: „Betunken ist sie!“ Die Kinder lachten schallend: „Ertrunken, meint er!“

„Mein Gott!“ Olga sah sich nach der Stirn: ihre Eva, o, was war mit ihrer kleinen Eva?! Wie von weit her hörte sie Frau Bullmanns Stimme: „Aber an de Offsee, man ja nicht!“ O, hätte sie doch auf die Frau gehört! Ein Ritteln überfiel Olga, einen Halt suchend sah sie um sich, schwer setzte sie sich auf eine Bank.

(Fortsetzung folgt.)

Narrenfreiheit!

Herr Professor Kahl und der § 218.

Ueber die Legalisierung des ärztlich indizierten Aborts sprach am Freitagabend Dr. Mag Hirsch, der unseren Lesern aus einer Buchbesprechung „Arzt und Patient in der Rechtsprechung“ wegen seiner sozialen Einstellung sicherlich bekannt ist. Er trat an diesem Abend für gesetzliche Freigabe der Abtreibung durch den Arzt ein bei Gefährdung der Mutter. Er verlangte ferner, daß auch die sogenannte eugenische Indikation anerkannt werde, die bei Vorliegen verschiedener vererbbarer Geisteskrankheiten gegeben ist und er belegte seine Ausführungen an Hand einiger instruktiven Tabellen.

Den zweiten Teil des Abends bestritt der Geheimrat, Vorsitzender des Rechtsausschusses des Reichstages und Mitglied der Deutschen Volkspartei, Herr Professor Kahl. Er schloß selbstverständlich aus seinen Ausführungen alle politischen, religiösen und moralischen Momente aus. Trotzdem konnte er sich Sätze leisten, wie „Eine Freigabe des Abortes“ wäre eine „Narrenfreiheit“. Selbstverständlich mußte er gegen den Genossen Radbruch wegen des unfernen Bekannten Vorschlags zur Freigabe der Abtreibung bis zum dritten Monat einige schlechte Witze reifen, die — und das ist charakteristisch für das geistige Niveau der Berliner Kongressversammlungen — dröhnenden Beifall fanden.

Für ihn hat das Problem nur eine bevölkerungspolitische Bedeutung. Trotzdem kann er keine rechtlichen Gründe dafür finden, daß dem Staat die Möglichkeit gegeben wird, sich vor kommenden Idioten zu schützen. Er spricht deshalb einem Kulturstaat das Recht ab, ein wenn auch nur im Mutterleib lebendes Leben vor seinem wirklichen Eintritt in das Leben zu töten. Im gleichen Augenblick aber trat dieser objektive Jurist für die Todesstrafe ein (!) und erkannte als zur Legalisierung der Tötung befugt den Krieg (!) und das Strafrecht an. Daß solche Ausführungen nur von „höhem sittlichen Ernst“ getragen sein könnten, können sich unsere Leser vorstellen. Die soziale Indikation lehnt er selbstverständlich ab, denn er konnte der Versammlung mitteilen, daß der Reichstag kürzlich einige Verbesserungen für das Los des unehelichen Kindes getroffen habe. Die soziale Indikation ist für diesen Referenten nur eine humorvolle Angelegenheit. Am Schluß trat er selbstverständlich noch aus Ehrerbietung für die Heiligkeit der Ehe ein.

Ueber diese Vorträge könnte man mit Stillschweigen hinweggehen, wenn nicht in solchen Ständerversammlungen eine ungeheure Gefahr für das Proletariat liegen würde. Denn aus diesen vollkommen reaktionär eingestellten Gesellschaften gehen die offiziellen, mit einem wissenschaftlichen Mantelchen verbrämten Äußerungen der sogenannten „deutschen Gesetzgebung“ an die einzelnen gesetzgebenden Körperschaften hervor. Gerade Herr Geheimrat Kahl muß uns auf Grund dieses Vortrages als eine direkte Gefahr für die breiten Massen erscheinen, besonders, da, wie er selbst sagt, er zu seinem Bedauern in ganz kurzer Zeit einen Antrag zur Aufhebung des § 218 im Rechtsausschuß einbringen muß. Gerade in dieser Frage, die von bürgerlicher Seite so gern als jenseits der sozialen Frage und nur von rein bevölkerungspolitischem Standpunkt betrachtet werden soll, in dieser Frage kann eine Befreiung der Arbeiterklasse nur ein Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Es müssen deshalb die sozialdemokratischen Massen auf der Hut sein, wenn unser Antrag zur Beratung vor das Plenum dieses Reichstages kommt.

Stellenvermittler und Arbeitsamt.

In dem Stellenvermittlerprozeß, der seit Montag vor dem Landgericht I verhandelt wird, wurden am Freitag die Beziehungen des auf der Anklagebank durch den Geschäftsführer Nobel vertretenen Reichsbundes deutscher Aufseher und Vermittler Kahl erörtert. Für den Bund, der keine Konzeption zur Vermittlung von Arbeitern hatte, besorgte Frau Kahl, wie sie als Jungfrau betraute, durch ihr Geschäft die Vermittlung, wenn Gutbesitzer nach Leuten verlangten. Erörtert wurden weiter die Gebührenforderungen des auf der Anklagebank stehenden wüsten Vermittlers Rowad, dem seine Konzeption längst entzogen ist, der aber die Vermittlungen fortgesetzt hat. Rowad gab die Höhe der Beiträge zu (z. B. forderte er einmal von einem Gutbesitzer für Beförderung von vier Mädchen aus Hinterpommern 300 M.), aber er erklärte alles aus den angeblich bedeutenden Unkosten, die er selber gehabt habe. Er bestritt, daß er gelegentlich trotz Zahlung der Gebühren und Unkosten die Beförderung betrügerisch unternommen habe.

Die von der Staatsanwaltschaft geladenen Sachverständigen erhielten das Wort zu längeren Ausführungen. Bücherrevisor Leben ist durch seine Feststellungen zu der Ansicht gelangt, daß beim Reichsbund deutscher Aufseher und Vermittler, dessen Kassenführung übrigens schon von 1923 ab nicht mehr ordnungsmäßig gewesen sei, sehr gut verdient wurde. Auch die Tätigkeit des Angeklagten Semennua, der für den konzeptionierten Vermittler Gabriel die Menschenware heranzuschleppen hatte, ist recht enträglich gewesen. Dr. Goldberg vom Landesarbeitsamt Berlin gab als Sachverständiger eine Darstellung der Gründe, aus denen das Landesarbeitsamt und die Bezirksarbeitsämter gegen die Auswüchse der privaten Stellenvermittlung mit aller Schärfe vorgehen müssen. Das Stellenvermittlungsamt ist ein Schutzgesetz, das den Arbeitssuchenden und auch den Arbeitgebern möglichen Schutz gegen Ausbeutung und Bemüherung gewähren soll. Die Behauptung, das Bezirksarbeitsamt Friedrichshain sei selber gegenüber den privaten Stellenvermittlern der Umgebung des Schlesischen Bahnhofes als „Konkurrenz“ aufgetreten, ist eine völlige Cassation. Das Arbeitsamt hat ganz andere Zwecke und Ziele, es will mit seiner Vermittlung keinen Profit machen, sondern die Arbeitsuchenden betreuen. Dr. Goldberg beleuchtet auch das Vergehen des Reichsbundes, der eine Scheinarrandung sei und der Vermittlung dienen sollte, ferner die Beziehungen zwischen der Stellenvermittlung und der Gastwirtschaft, die ein Sohn von Nobel betreibt. Dr. Münch vom Bezirksarbeitsamt Friedrichshain ging unter anderem auf Semennuas Tätigkeit näher ein. Er erwähnte, daß der Vermittler Gabriel, in dessen Diensten Semennua stand, seinem Hof gegen den Außenbeamten Judrian vom Arbeitsamt Friedrichshain einmal Luft machte in der Äußerung, Judrian solle „sich vorziehen, daß er nicht mal auf die Rettungsstation gebracht würde“. Den Hof konzeptionierter und wilder Vermittler gegen das Arbeitsamt Friedrichshain und seinen Beamten Judrian bekam man auch vor Gericht mehrfach zu spüren. Gegen Judrian, der gleichfalls als Sachverständiger vernommen wurde, trat Rowad so dreist auf, daß der Vorsitzende schließlich eingriff und drohte, ihn abführen zu lassen. Judrian schilderte, wie die Vermittler ihren Bedarf an Leuten zum Teil aus dem Obdach decken. Dabei nehmen

ke nicht nur Landarbeiter, die doch im Winter bis in das Frühjahr hinein zu finden sind, sondern auch Leute, die von Landarbeit keine Ahnung haben. — Die Verhandlung wird am Montag fortgesetzt.

Die Strombremse.

Aus dem Tagebuch des Straßenbahnwagens 5306.

„Das Tagebuch eines Straßenbahnwagens“ könnte man als Motto vor eine Verhandlung der Strafkammer des Landgerichts I über einen Straßenbahnunfall setzen. Im Januar war der Straßenbahnführer Krohn mit seinem Wagen auf ein Postfuhrwerk aufgefahren, daß vor der Stadtbahnüberführung in Alt-Moabit gerade die Schienen kreuzte.

Nach der Behauptung des Angeklagten habe er rechtzeitig die Gefahrenbremse und den Sandstreuer in Tätigkeit gesetzt. Er will aber zu seinem Erstaunen festgestellt haben, daß der Wagen, statt langsamer zu fahren, nur um so schneller daher fuhr, so daß schließlich sein Wagenzug direkt auf das Fuhrwerk aufstieß. Hierbei ist der Kutscher von seinem Wagen herabgeschleudert worden und hat Verletzungen davongetragen. Das Schöffengericht Mitte hatte Krohn zu 100 Mark Geldstrafe wegen fahrlässiger Körperverletzung verurteilt, indem es auf Grund eines Gutachtens des Ingenieurs Rothbart von der Straßenbahngesellschaft feststellte, daß er zu schnell gefahren sei. In der Berufungsverhandlung spielte das Tagebuch dieses Straßenbahnwagens 5306 eine interessante Rolle. Ein Aufgebot von Straßenbahnführern, die zum Teil schon 15 und 20 Jahre im Dienst der Straßenbahn stehen, hatte Rechtsanwalt Dr. Markus laden lassen. Diese mußten tatsächlich bestätigen, daß ihnen öfter der Wagen 5306 durchgegangen sei, weil offenbar die Bremse versagte. Mehrfach haben Zeugen mit demselben Wagen Zusammenstöße und andere Unfälle erlitten. Auch aus dem vorgelegten Tagebuch ging hervor, daß dieser Wagen wiederholt wegen des Versagens der Strombremse bemängelt und aus dem Verkehr gezogen worden war. Der Sachverständige Rothbart erklärte auf Befragen, daß es sich um einen Wagen alten Typs handelte, der damals noch mit kleinen Motoren ausgerüstet war, so daß die Mächtigkeit des Versagens der Bremse zugegeben werden müsse. Der Wagen sei jetzt mit Großmotoren ausgerüstet. Trotzdem kam der Sachverständige wiederum zu dem Schluß, daß der Unfall wahrscheinlich auf zu späte Benutzung der Handbremse zurückzuführen sei. Demgegenüber betonte der gerichtliche Sachverständige, Ingenieur Münde, daß nach Lage der Sache ein Versagen der Strombremse festzustellen müsse, und daß der Angeklagte alles getan habe, was er zu tun nach seinen Dienstvorschriften verpflichtet war. Die Strafkammer ließ die Frage, ob der Unfall durch Versagen der Bremse hervorgerufen worden sei, offen und kam zu dem Ergebnis, daß die Bemerkung nicht ergeben habe, daß der Angeklagte schuldhaft gehandelt hätte. Deshalb wurde unter Aufhebung des ersten Urteils auf Freisprechung erkannt.

Die Kommunisten im Lustgarten.

Die Kommunisten veranstalteten am Donnerstagabend im Lustgarten eine Kundgebung „Gegen den Kriegspakt von Locarno“. Als Redner waren u. a. Pied, Klara Jettin, Stöder und Kammeler angeführt. Der Besuch der Veranstaltung war weit weniger beträchtlich, als es im allgemeinen bei den auf das Agitatorische herausgeputzten Demonstrationen der Kommunisten zu sein pflegt. Es mögen etwa 10 000 Menschen gewesen sein, die den Lustgarten nur zum kleineren Teil ausfüllten. Vor dem Schloß, der Domtreppe und dem Museum hatten sich stärkere Menschenmengen angeammelt. Die Polizei war sehr zahlreich aufgestellt. Von der Domtreppe herab sprach die 75jährige Klara Jettin, überflüssigerweise von einem Trupp Schuppolizisten gedeckt, gegen den Friedenspakt von Locarno, der den Krieg gegen Sowjetrußland und die endgültige Vertreibung des Proletariats bedeute. Am Schloß sprachen mehrere Vertreter des Roten Frontkämpfer-Bundes. Auch vom Museum herab wurde gesprochen. Die einzelnen Bezirksgruppen der kommunistischen Parteiorganisation waren mit zahlreichen Schildern und Fahnen erschienen. Die Plakate zeigten wenig erfindereich die abgelebte und ewig wiederholte Formel des Kampfes gegen den Locarnoer „Kapitalisten- und Kriegspakt“. Gegen 4 1/2 Uhr war alles beendet. Die Demonstranten bewegten sich in mehreren Haderzügen in ihre Bezirke zurück. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Der Polizeipräsident war persönlich anwesend, um die Maßnahmen der Polizei zu überwachen.

Zwei Großfeuer.

Gestern nachmittag gegen 1/2 5 Uhr wurde die Berliner Feuerwehr nach der Greifswalder Straße 23 gerufen, wo in einem ehemaligen Fabrikgebäude, in dem Kulissen für Theater und Ausstellungsbedarf lagerten, Feuer ausgebrochen war. Auf den Ruf Großfeuer eilten 7 Löschzüge unter Führung des Branddirektors Hammer an die Brandstelle. Bereits bei dem Eintreffen der ersten Löschzüge stand der große Vorratssaal vollständig in Flammen. Mit 3 B- und 6 C-Röhren wurde der Brandherd bekämpft. Die Löscharbeit gestaltete sich äußerst schwierig, da das leichtbrennbare Material eine große Hitze entwickelte. Der Raum brannte völlig aus und der ganze wertvolle Inhalt fiel den Flammen zum Opfer, so daß der Schaden sehr erheblich ist. Ueber die Entstehung Ursache ist noch nichts Genaues bekannt, doch wird fahrlässige Brandstiftung vermutet. Nach angestrengter 2 1/2 stündiger Tätigkeit konnten die Wehren unter Zurücklassung einer Brandwache abzurufen. — Kurz vor 1/2 7 Uhr erlöste aus der Treptower Straße 3/4 bereits ein neuer Feueralarm. Hier war auf dem Holzplatz der Firma Julius Stubin ein großer Schuppen, in dem Hölzer lagerten, in Brand geraten. In kurzer Zeit waren 3 Besatzer und 2 Reutöflner-Löschzüge zur Stelle, die mit 4 B-Röhren den Brand

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 28. November.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—5 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 6.05 Uhr abends: Dr. Richard Stein: „Einführung zu der Übertragung aus der Staatsoper am 29. November“. 6.50 Uhr abends: Medizinisch-hygienische Plauderei (Dr. Paul Frank). 7.15 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht. Esperanto (Direktor Julius Glück). 7.45 Uhr abends: Dr. Gerhard Sobacher: „Die österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten in ihren wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Deutschland“. 8.30 Uhr abends: Heitere Gespensterstunden. 1. Oskar Wilde: Das Gespenst von Canterville. 2. Frédéric Boulet: Der Geist (Meinhart Maur). 9 Uhr abends: Lustiges Wochenende. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

bekämpften. Von dem Schuppen und einem nebenliegenden Bureauschuppen ist nichts übriggeblieben, obgleich die Feuerwehr ziemlich 3 Stunden angestrengt arbeitete. Durch den gewaltigen Feuerchein wurden viele Neugierige angezogen, die die Brandstelle dicht umlagerten. Die Entschuldungsurkunde konnte bisher noch nicht festgestellt werden, und die Ermittlungen werden durch das vollständige Niederbrennen der Schuppen auch sehr erschwert. Der Schaden ist auch hier sehr groß. Erst nach 9 Uhr konnten die Wehren wieder abzurufen. Lediglich eine Brandwache verblieb an der Brandstelle.

Opfer der Kälte. Das plötzlich einsetzende Frostwetter, daß die Flügel mit einer Eisdecke überzogen hat, und der einsetzende Schneefall haben bereits wieder viele Unfälle verursacht. So verunglückten im Laufe des gestrigen Tages nicht weniger als 23 Personen, von denen sich 7 Personen Arm- und Beinbrüche zuzogen; die anderen erlitten Verstauchungen und Kontusionen.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend. Die 9. Abteilung Nützenberg und Umgegend veranstaltete am Sonntag, den 29. November, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Schöner, Kynaststr., eine Varenausstellung, Konzert, Gelang, Filmvorführung, Tanz und Verlosung. Eintrittskarten 60 Pf. an der Kasse. Der Eintritt für die Varenausstellung ist frei.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Berlin-Mitte. Sonnabend, den 28. November 1925, pünktlich abends 7.30 Uhr im Felm Blumenstr. 77: Einübun von Liedern, insbesondere von Weihnachtsliedern. Leiter: Genosse Reichert. Alle Mitarbeiter sind zur Teilnahme verpflichtet.

Schneetreiben in aller Welt.

Zahlreiche Verkehrsstörungen.

Hamburg, 27. November. (W.F.B.) Die durch den noch anhaltenden Schneesturm verursachten zahlreichen Störungen im telephonischen und telegraphischen Verkehr konnten noch nicht behoben werden. Der Betrieb nach Mittel- und Ostdeutschland leidet unter großen Verzögerungen. Die Verbindungen mit Schweden und Dänemark konnten noch nicht wieder hergestellt werden.

Kiel, 27. November. (W.F.B.) Das heftige Schneetreiben, das in Schleswig-Holstein gestern ablante, hat heute morgen neuem eingesetzt und im Laufe des Tages zeitweise eine außerordentliche Heftigkeit erreicht. Es sind mehrfach Verkehrsstörungen eingetreten.

Görlitz, 27. November. (W.F.B.) Gestern trat bei etwa 1 Grad Kälte leichter Schneefall ein. Heute zeigt das Thermometer 4,5 Grad unter Null.

Freiburg i. Br., 27. November. (W.F.B.) Dem Schneesturm, der gestern nachmittag aufhörte, ist eine außerordentlich strenge Kälte gefolgt, was durch das Verschmelzen des Schnees zahlreiche Störungen und Unbehagen im Verkehr zur Folge hatte. Auf dem Feldberg wurden heute vormittag über 16 Grad Kälte gemessen.

Amsterdam, 27. November. (W.F.B.) Das schwere Sturm- wetter in Westholland hat noch weitere Schiffsunfälle verursacht. An der Ostküste der Insel Texschelling strandete der mit Steinkohlen von Rotterdam nach Deutschland fahrende deutsche Dampfer „Ellen Parlen“. Die 17 Mann der Besatzung wurde geborgen. In der Nordsee der Insel geriet der von Hensburg nach London fahrende Dampfer „Armard“ durch Schraubenerlöst in eine schwierige Lage; er wurde, da die Besatzung das Schiff nicht verlassen wollte, von einem holländischen Schleppdampfer in den Hafen von Rieuwiediep eingeleitet. Der englische Dampfer „Broughton“, der bei Ostende in Gefahr war, wurde von dem deutschen Schleppdampfer „Larissa“ nach Hoek von Holland gebracht.

Brüssel, 27. November. (E.F.) Die Stürme im Kanal haben zahlreiche Opfer gefordert. Nach den bisherigen Meldungen sind insgesamt 16 Schiffe verloren gegangen. Der deutsche Dreimaster „Obotritia“ ist zwischen Blankenberge und Dünkirchen gestrandet. Die Bemannung wurde durch ein Rettungsboot geborgen, doch wird ein Mann vermißt. Nach einer Amsterdamer Meldung ist in der Zuidsee ein Schleppdampfer gesunken, dessen 4 Mann Besatzung ertranken. Ein Teil des Deiches von Ostende wurde durch die anstürmenden Wogen zerstört.

Napoli, 27. November. (E.F.) Von den Alpen bis nach Sizilien werden Unwetter gemeldet; sowohl in den Tälern der Vor-alpen wie auch des Apennin ist reichlich Schnee gefallen. In Livorno und Ancona wurden einige Schiffe durch den Sturm von den Untern gerissen. In Palermo ist ein Schiff untergegangen, doch konnte die Mannschaft gerettet werden. Der heftige Sturm hat die Telephon- und Telegraphenleitungen an vielen Orten unterbrochen.

Budapest, 27. November. (W.F.B.) Wie die Direktion der ungarischen Staatsbahnen mitteilt, sind auf mehreren Linien infolge des Schneefalles Verkehrsstörungen eingetreten, so daß die Züge mehrere Stunden Verspätung erlitten.

Ein Mörder verhaftet. Auf dem Bahnhof in Magdeburg wurde ein junger Mann verhaftet, auf den sich aus verschiedenen Anzeichen der Verdacht lenkte, den Reisenden und den Chauffeur einer Nordhauser Firma, die in diesem Auto auf die Tour gefahren waren, ermordet zu haben. Er wurde als ein Hans Tröbelsberger, gebürtig aus München, festgestellt. Nach hartnäckigem Zeugen stand er, daß er den Chauffeur Dietrich und den Reisenden Janiki auf der Chaussee bei Nordhausen erschossen habe. Tröbelsberger hatte die beiden gebeten, ihn im Auto nach Nordhausen mitzunehmen. Dieses Ansuchen ist abgelehnt worden. Darauf hat er beide erschossen. Er hat dann eine der beiden Leichen hinten in den Wagen gelegt und die andere zu sich auf den Vordersitz genommen. So sei er durch Nordhausen nach dem Harz gefahren, wo er sie in einem Waldstück zwischen Hoffeld und Wendefurth abgesetzt habe. Die Leichen sind noch nicht gefunden, da im Harz Schneewetter herrscht.

Eine Einheitsfront der gesamten tschechischen und deutschen Lehrerschaft ist in der Tschechoslowakei zustande gekommen. Die Belange der Schule, die seit dem Zwangsoberbau in deutschen wie in tschechischen Gegenden (freilich im Deutschen, wo schon über 4000 Lehrer abgebaut sind, mehr) schwer und ohne Hilfe von außen gelitten haben, sollen nunmehr durch die neue

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbusser Tor
Mollige Winter-Mäntel
Mk. 49.-, 54.-, 60.-, 70.-, 80.-, 100.-
Mollige Jünglings-Mäntel
Mk. 29.-, 34.-, 38.-, 41.-, 50.-, 60.-
Sporpelze v. 150.-, Gehpelze v. 225.-

MAGGI'S Fleischbrüh-Würfel

die Qualitätsmarke!

Achten Sie beim Einkauf genau auf den Namen „MAGGI“ und die gelb-rote Packung.



Locarno-Schlussdebatte.

Breitshields Rede.

In seiner gestrigen Reichstagsrede führte Genosse Breitshields nach aus: Selbst wenn man annehmen wollte, daß das Mißtrauen in den guten Willen der anderen berechtigt sei, so war es doch nicht Egoismus allein, der das Werk von Locarno zustande gebracht hat, es waren sehr reale und materielle Erwägungen, die den Weg nach Locarno vorbereitet haben. Es war die Erwägung, daß

Europa politisch und wirtschaftlich verloren ist, wenn es weiter zerfällt und zerklüftet bleibt.

wenn weiter solche Streitfragen, wie sie zwischen uns und Frankreich bestanden, ungelöst bleiben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch der Gedanke war maßgebend, daß wir die Kredite Amerikas nicht in Anspruch zu nehmen vermögen, solange der Geldgeber jenseits des Ozeans befürchten muß, daß sein Geld im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert wird. Die Herren von der Rechten glauben an eine Entwicklung des deutschen Volkes.

Warum können Sie nicht auch den Glauben an eine bessere Zukunft der Menschheit aufbringen. Das macht ja ihr Nationalgefühl so steril, daß sie stets in die Vergangenheit und niemals in die Zukunft schauen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Daß die Staaten sich ändern und neue Formen des menschlichen Zusammenlebens denkbar sind, das leugnen sie, obwohl diese neuen Formen bereits greifbar vor unser Auge zu treten beginnen. (Sehr gut! links.) Sie (nach rechts) sprechen so lebhaft von den Opfern und Verzichtigen, die Deutschland bringen soll. Dazu will ich nur das eine sagen:

Wir verzichten auf den Krieg zur Wiedereroberung Elsaß-Lothringens.

wir verzichten aber nicht auf das Aussprechen der Tatsache, daß zwischen uns und dem elssässischen Volke mancherlei Bande gemeinamer Kultur, Sprache und Geschichte vorhanden sind. Wenn erst diese Frage politisch entgittert ist, so wird es um so leichter sein, gerade diese kulturellen Bande zu verstärken. Auch wir bedauern, daß weder im Jahre 1919 noch im Jahre 1871 eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen stattgefunden hat. Aber ich glaube, Sie (nach rechts) würden von einer solchen Volksabstimmung enttäuscht sein. Denn die Tatsache ist leider die, daß das elssässische Volk seit der großen französischen Revolution sich trotz seiner Sprache geistig und politisch mit Frankreich verbunden gefühlt hat. (Widerpruch rechts.) Tatsache ist weiter, daß

die deutsche Politik seit 1871 nicht dazu angehen war, die elssässische Bevölkerung zu Deutschland herüberzuziehen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Sie (nach rechts) und ihre Politik tragen die Verantwortung dafür, daß es mit Elsaß-Lothringen so gekommen ist. (Zustimmung bei den Soz. Unruhe rechts.) Was aber in dem Vertrag von Locarno ausgesprochen ist, das war im Keime schon durch die Vorschläge des Kabinetts Cuno geschaffen worden. Warum haben Sie nicht damals ihre Stimme erhoben?

Auch dem Osten gegenüber verpflichten wir uns, die Grenzen nicht mit Waffengewalt zu ändern. Das kann nur mit beiderseitiger Zustimmung geschehen, und wer ist einzig darin? Der deutsche Reichspräsident und der Präsident Polens. Der deutsche Reichspräsident heißt Herr v. Hindenburg und wir haben seine Veranlassung, nationaler zu sein, als Herr v. Hindenburg ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich glaube, wir müssen alle versuchen, um auch mit Polen ein Nebeneinanderleben zu schaffen. Eine der Wirkungen der Verträge war ja bereits, daß die Opiantenauswehlungen zunächst aufgehoben wurden. Auf diesem Wege muß weitergegangen werden. Nun sagen Sie (nach rechts), auch mit dem Eintritt in den Völkerbund bringe Deutschland ein Opfer, denn es verliere seine Bewegungsfreiheit. Wo war denn aber unsere Bewegungsfreiheit in jener Zeit, als wir noch unter dem Diktat der Alliierten standen? Nun sagen Sie, wir könnten zwischen Osten und Westen nicht mehr wählen, wir seien verpflichtet, zum Kriege gegen Rußland auf der Seite der Staaten des Westens zu treten. Es gibt aber in den Verträgen nicht einen Punkt, aus dem ein Gegensatz zu Sowjetrußland geschlossen werden könne. Und ich füge hinzu, die Meinung der Sozialisten der ganzen Welt ist, daß auch für uns die Parole gilt: Hände weg von Sowjetrußland. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir werden es stets ablehnen, an irgend einer Koalition mitzuwirken, die den inneren oder äußeren Bestand der Sowjetrepublik antastet. Wir verstehen es allerdings, daß Rußland sich isoliert fühlt! Aber auch Rußland hat die Möglichkeit, in den Völkerbund einzutreten und ich bin davon überzeugt, daß einst der Tag kommt, an dem auch Rußland im Völkerbund sitzt. Dann werden die deutschen Kommunisten ihre alten Reden revidieren müssen. Wir wollen keinen Krieg gegen Rußland, wir sind aber ebensowenig gewonnen, die europäischen Vorposten der russischen Politik zu sein. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir bekämpfen den kapitalistischen Imperialismus Englands in Asien, lehnen aber auch den bolschewistischen Imperialismus Rußlands ab.

Für uns ist der Völkerbund wahrhaftig keine vollkommene Institution. Sie wird aber nicht besser und günstiger für uns, wenn wir drauhen bleiben. Welcher Schwachmut liegt doch in der Auffassung, daß es nicht gelingen sollte, im Völkerbundsrat den deutschen Standpunkt besser zur Geltung zu bringen, als wenn man drauhen stehen bleibt. Wir wollen hineingehen, um auch in den Minderheitenfragen bessere Entscheidungen herbeizuführen. Der Völkerbund ist heute in der Tat ein Kollegium von kapitalistischen Regierungen, er ist nie anders als die Regierungen, die ihn zusammensetzen. Daher müssen wir dafür sorgen, daß die Regierungen in jedem Lande so sind, daß sie, zur Völkerbundsituation verammelt, dem Ideal eines wahren Völkerbundes entsprechen.

Die Deutschnationalen, die jetzt gegen Locarno sind, sind lange Monate mit vollem Bewußtsein die Strafe gegangen, die nach Locarno führen mußte. Das Kabinett Luther-Sirefemann hat die Deutschnationalen in die Regierung genommen, um sie zur außenpolitischen Vernunft und zur Realpolitik zu erziehen. Solange die Deutschnationale Partei dafür bezahlt bekam, hat sie an diesem Lufschiff teilgenommen, in dem Augenblick, wo der Lohn in ihren Taschen kimperte, ist sie weggelaufen. (Sehr richtig bei den Soz.)

Sie sind gegen den Vertrag, weil die von Ihnen großgezogenen demagogischen Elemente der Landesverbände gegen den Geist von Locarno rekollieren, gegen den Versuch, die militärische Gewaltanwendung zugunsten friedlich-schiedlicher Regelung auszuschalten. Das ist der eigentliche Grund für Ihre ablehnende Haltung. Wir Sozialdemokraten treten für diese Verträge ein, weil die Politik von Locarno in der Linie liegt, die wir in Deutschland aber auch international mit unseren Freunden jenseits der Grenzen verfolgt haben. Was jetzt geworden ist, wurde bereits im Jahre 1922 auf einer internationalen Konferenz in Berlin durchgesprochen. Wir bleiben auf dieser Linie. Wir werden diese Politik weiter treiben und uns dabei nicht schrecken lassen durch Drohungen und Beschimpfungen von nationalstiller Seite. Jetzt hat ja wieder in der bayerischen Kammer ein Parteifreund von Herrn Ludendorff ausgesprochen, er könne es verstehen, wenn ein ausgewiesener Elsaß-Lothringer,

den Strejemann über den Hausen schiessen

würde. (Lebhafte Pfui-Rufe links und in der Mitte.) Wenn aus diesen Worten wie einstmal bei Rathenau eine blutige Tat entspringt, ich möchte die Verantwortung nicht tragen, die Herr Ludendorff dann auf sich zu nehmen hat. Wir gehen unseren Weg und deshalb lehnen wir es auch ab, durch die Einbringung des Mißtrauensvotums die Dinge weiter hinauszuschieben zu lassen. Unsere Stellung zum Kabinett Luther ergibt sich aus unseren Taten und Handlungen im letzten Sommer. Wenn man jetzt von den Parteien, die für Locarno sind, verlangt, daß sie dem Mißtrauensvotum zustimmen, so ist das einfach eine Kinderei. Denn, wenn wir den Verträgen zustimmen, dann geben wir dadurch die Möglichkeit, die Unterschrift in London zu leisten und dann sind wir nicht in der Lage, gleichzeitig der Regierung durch ein Mißtrauensvotum diese Möglichkeit wieder zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Außerdem hat doch diese Regierung selbst erklärt, daß sie unmittelbar nach der Ratifizierung ihre Demission einreichen will. Es wäre also eine Farce, ihr jetzt 8 Tage vor London noch ein Mißtrauensvotum zu erteilen. (Sehr richtig! links.) Es kommt jetzt darauf an, daß eine Regierung entsteht, die nicht nur mit dem R und e sich für Locarno begnügt, sondern die auch innerlich und im Geiste auf dem Boden dieser Verträge steht. Wenn die Deutschnationalen jetzt wieder in die Regierung eintraten, dann wäre der Vertrag von Locarno das Papier nicht wert, auf dem er niedergeschrieben ist. Für uns ist Locarno ein Anfang, ein erster Schritt auf einem Wege. Am Ziele dieses Weges steht — wir scheuen es nicht auszusprechen —

die europäische Zollunion und die Vereinigten Staaten von Europa.

Wir fingen keine Zubeckommen auf den Vertrag. Wir sind nicht begeistert von dem, was erreicht worden ist, aber wir sind bereit, mit Begeisterung mitzuarbeiten an dem, was noch zu tun ist. (Stürmischer Beifall bei den Soz. Stöhnen rechts, erneuter Beifall links.)

Abg. Dr. Japs (D. Bp.)

weist die von deutschnationaler Seite erhobenen Vorwürfe gegen die Volkspartei zurück. Warum soll man nicht eine für richtig befundene Politik gemeinsam mit den Sozialdemokraten machen, wenn die unglückselige Politik der Deutschnationalen uns keinen anderen Weg läßt. Mit Locarno sei zweifellos eine Wendung in der europäischen Politik eingetreten. England steht heute ein, welchen Fehler es in Versailles mit der Entwaffnung Deutschlands gemacht hat. Es ist jetzt Garant für

Deutschlands Sicherheit. Nach Locarno würde kein Poincaré mehr einen Ruhestreitfall wagen können. Die Bevölkerung des Rheinlandes darf nicht länger unter dem Druck der Besatzung leiden. Die Rheinlandkommission, die ihre Unfähigkeit wiederholt bewiesen hat, muß in ihrer Zusammensetzung geändert werden. Vor allem aber muß die französische Militärjustiz verschwinden. Wir halten die bisherigen Rückwirkungen für ungenügend und wir sind einverstanden damit, wenn die Entschließung der Bayerischen Volkspartei ihre weitere Ausdehnung verlangt. Wir lehnen diese Entschließung aber ab, weil sie eine Verzögerung des Locarno-Paktes herbeiführen würde. Wir werden das Vertragswerk von Locarno annehmen und werden dann unsere ganze Kraft daran setzen, es weiter auszubauen.

Abg. Frau Jettin (Komm.)

die von einem kommunistischen Abgeordneten auf die Rednertribüne geführt wird, wendet sich gegen die Meinung, daß sie hier als Vertreterin der russischen Regierung aufstreite. Sie sei auf Wunsch ihrer politischen Freunde, die um ihre Gesundheit besorgt seien, nach Deutschland zurückgekehrt. Die Rednerin polemisiert dann gegen die Sozialdemokratie, die angeblich keine Partei des Klassenkampfes mehr sei. Der Locarno-Vertrag bringe nicht die Revision, sondern die Stabilisierung des Verfallener Vertrages. Zur Stabilisierung der Amerikaner Elsaß-Lothringens sei weder Luther noch Briand berechtigt, sondern einzig und allein das elsaß-lothringische Volk. Was den Oberpräsidenten recht war, müsse ihm billig sein. (Dr. Breitshields: Und den Georgiern auch!) Das Ergebnis von Locarno sei der Sieg Englands im Kampfe um die europäische Hegemonie. England schiebe jetzt Deutschland wie eine Schachfigur hin und her. Trotz aller Ministererklärungen sei die Tatsache unbestreitbar, daß Deutschland durch den Locarno-Pakt in eine unfreundliche Stellung zur Sowjet-Union gebracht wird. Die englische Wirtschaft und damit auch die englische Weltmacht fühle sich immer mehr bedroht, darum habe die englische Politik das Bedürfnis gehabt, Deutschland gewissermaßen zu seiner Kolonie zu machen und von Rußland zu trennen. Deutschland werde das Schicksal Oesterreichs erleben, und die Geschichte Deutschlands werde von den Bankiers in London und New York bestimmt werden. Schon zur Zeit der Genuefer Konferenz habe Rußland als einzig wirksames Mittel die Abrüstung verlangt. Wer den Frieden will, müsse für ein Bündnis mit Sowjet-Rußland eintreten. (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten. Die Rednerin wird vom Genossen Dr. Moses, der als Arzt neben ihr Platz genommen hat, wieder in den Saal zurückgeführt.)

Abg. Jehr (Wirtschaftl. Bg.)

gibt eine Erklärung ab, wonach seine Partei in der Entschließung des Zentrums zwar keine Erfüllung ihrer Forderungen erblicke, daß sie aber trotzdem für diese Entschließung stimmen werde. Die Wirtschaftspartei lehne den Vertrag von Locarno ab, die Deutsch-Hannoveraner und der Bayerische Bauernbund dagegen stimmen ihm zu. Bei den Mißtrauensanträgen werde sich die Wirtschaftliche Vereinigung der Stimme enthalten.

Abg. Leicht (Bayer. Bp.)

Contig sei man sich im ganzen Volke darüber, daß der Vertrag von Locarno von außerordentlicher Bedeutung sei. Bei nächster Ermüdung könne man aber nicht so, wie es die Regierung tut, mit Pauken und Trompeten den Vertrag annehmen. Ein gesundes Mißtrauen sei am Platze, besonders angehts des Behaltens der Gegenseite. Es bestehe ein unlöslicher Widerspruch, wenn man einen Gewaltfrieden aufrecht erhalten und durch einen neuen Vertrag den Frieden fördern wolle. Aber die Ablehnung der Abmachung von Locarno würde von der Welt als ein neuer Beweis dafür aufgefaßt werden, daß Deutschland verhandlungsunfähig sei. Der Redner sei davon überzeugt, daß die Mehrheit des Hauses und auch die Regierung den Grundgedanken der Entschließung der Bayerischen Volkspartei, wonach die Regierung vor dem Eintritt in den Völkerbund noch mehr Rückwirkungen zu erzielen suchen müsse, zustimmen. Trotz der Ablehnung der Entschließung werde die Bayerische Volkspartei dem Gesehentwurf zustimmen.

Staatssekretär Zweigert

gibt eine Erklärung ab, in der er darauf hinweist, daß für die Beurteilung der Frage, ob die Abmachungen von Locarno und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Zustimmung des Reichstages mit verfassungsändernder Mehrheit bedürfen, die Vorschriften des Art. 45 der Reichsverfassung in Betracht kämen. Nach diesem Artikel erfolgen Kriegserklärung und Friedensschluß durch Reichsgesetz, Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Eine qualifizierte Mehrheit wäre nur erforderlich, wenn der Vertrag oder das Bündnis Bestimmungen enthält, die der Reichsverfassung zuwiderlaufen. Nach Ansicht der Reichsregierung enthalten

extra billigen Tackschuh-Tage

Advertisement for Tack shoes. Includes images of men's and women's shoes, prices (e.g., 2.65, 5.90), and a list of shoe types like 'Eleganter Spangenschuh' and 'Filzpantoffel'. Also mentions 'Großes Lager in allen Arten von Kinderschuhwerk' and 'Mollig warmer Umschlugschuh'.

weder die Abmachungen von Locarno noch die Ermächtigung zum Eintritt in den Völkerbund eine Verfassungsänderung. Die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Reichstages über die Kriegserklärung zu entscheiden, bleibe unberührt. Was die Aufklärung anlangt, daß der Eintritt in den Völkerbund einen tiefen Eingriff in das deutsche Staatsleben darstelle, weil der Völkerbund als eine Zentralgewalt über den einzelnen Bundesmitgliedern stehe, so ist hierbei zu berücksichtigen, daß eine Einschränkung von Staatshoheitsrechten mit fast jedem internationalen Vertrage verbunden ist, wie beispielsweise auch bei den Handelsverträgen. Eine verfassungswidrige Aufgabe von Hoheitsrechten würde demnach nur vorliegen, wenn der Völkerbund gegenüber seinen Mitgliedern eine mit Souveränitätsrechten ausgestattete übergeordnete Instanz wäre. Das ist nicht der Fall. Gegenüber dem Einwand, daß die Verträge im Gegensatz zum Rheinpakt kündbar seien, und daß sie einen ausdrücklichen Verzicht auf Gewaltmaßnahmen nicht enthielten, sei darauf hinzuweisen, daß es für die Frage einer Verfassungsänderung auf die zeitliche Dauer der völkerrechtlichen Verpflichtung nicht ankommt. Der Gedanke an eine Verletzung der Reichsverfassung sei bei Abschluß dieser Verträge überhaupt nicht aufgetaucht. Aus diesen Gründen sei für die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf die einfache Mehrheit des Reichstages genügend.

Abg. v. Graefe (Df.) beteuert noch einmal, daß seine Freunde niemals diesem Vertrage zustimmen würden. Der Vertrag von Locarno sei ebenso schmachvoll wie der Vertrag von Versailles.

Abg. Graf v. Westarp (Dnail.) verliest eine Erklärung der Deutschnationalen, in der es heißt, die Deutschnationalen hätten in der Regierung alles getan, um eine friedliche Verständigung mit den übrigen Staaten zu ermöglichen. Sie seien dabei bis an die Grenze der Selbstverleugnung gegangen. (Große Heiterkeit.) Die Deutschnationale Fraktion habe vor den Verhandlungen von Locarno bestimmte Bedingungen zur Wahrung der Würde Deutschlands aufgestellt und nur unter dieser Voraussetzung den Verhandlungen zugestimmt, die mehr als unerbittliche Vorbesprechungen betrachtet werden sollen. (Wachen links.) Das Ergebnis dieser Verhandlungen habe den deutschnationalen Voraussetzungen nicht entsprochen, es biete keine Sicherheit dagegen, daß der Pakt als freiwilliger Verzicht auf deutsches Land und als freiwillige Anerkennung des Versailler Vertrages ausgelegt werde. Der Eintritt in den Völkerbund bringe Deutschland in die Gefahr der kriegerischen Verwicklungen zum Spielball anderer Staaten zu werden. Den Deutschnationalen sei nach der Paraphierung des Vertrages nur die Möglichkeit geblieben, ihre Mitglieder aus der Regierung zurückzuführen. Die deutschnationale Fraktion werde die Vorlage einstimmig ablehnen. Sie erkenne die rechtlich bindende Kraft einer Annahme nicht an, wenn sie nicht mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Mehrheit erfolgte. Auch in der Opposition werde die deutschnationale Fraktion alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden, um die Schäden fernzubehalten, die dem Volke aus der Annahme der Locarno-Vorlage erwachsen.

Damit ist die Aussprache geschlossen. Es folgen die Abstimmungen.

Über ihren Verlauf berichten wir im Hauptblatt.

Nach den Abstimmungen beschließt das Haus über die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Präsident Löbe ernennt die nächste Sitzung auf Dienstag, den 1. Dezember, nachmittags 2 Uhr, an und schlägt als Tagesordnung vor: Deutsch-russischer Handelsvertrag. Abg. Dr. Herz (Soz.) beantragt, auf die Tagesordnung die vorliegenden Anträge zur Änderung der Lohnsteuer zu setzen. Die Regierung habe zwar einen Gesetzentwurf in dieser Frage versprochen, aber es sei die Frage, ob er noch so rechtzeitig behandelt werden könne, daß bis zum 1. Januar eine Änderung der Lohnsteuer vorgenommen werden könne. Die sozialdemokratische Fraktion sei damit einverstanden, daß die Lohnsteueranträge am Dienstag ohne Aussprache dem Steuerauschuß überwiesen werden, damit dort unverzüglich die Arbeit beginnen könne. Abg. Erkelenz (Dem.) beantragt, den Antrag seiner Fraktion zur Regelung der Fürstenabfindungen gleichfalls auf die Tagesordnung der Dienstagssitzung zu setzen. Auch hier könne man vorläufig auf eine Aussprache verzichten, damit der Ausschuß sich sofort mit der Materie befassen könne. Abg. Neubauer (Nomm.) wendet sich dagegen, daß über diesen Antrag nicht debattiert werde. Abg. Westarp (Dnail.) lehnt den Antrag ab. Abg. Müller-Franken (Soz.) wünscht gleichfalls eine Aussprache über den Antrag zur Fürstenabfindung, der Reichstag müsse zu dieser Frage Stellung nehmen. Es wird schließlich beschlossen, die Lohnsteueranträge und den Antrag zur Fürstenabfindung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen.

Bei Regenwetter werden die Schuhe besonders schmutzig. Die praktische Hausfrau verwendet deshalb zum Putzen eine Creme, die schon mit wenigen Wischen den glänzenden Boden reinigt. Die von Millionen Hausfrauen benutzte Schubercreme Gebal macht die Schuhe nicht nur glänzend, sondern elastischer als Leder wasserfest, so daß die Füße warm und trocken bleiben. Die echte Schubercreme Gebal ist zu erkennen am roten Kreuz.

Briefkasten der Redaktion.

№. 100. In der Wohnung dürfen Sie nicht wohnen. Zur Zahlung sind Sie nicht verpflichtet. Die Benutzung des Waschkessels braucht aber der Hausfrau nicht zu schaden. — №. 47. In 10 Jahren. — G. B. 123. Wenden Sie sich zunächst an das Hochfürstentum (Reichsamt). — O. G. 43. Väteres Willens nala. Aber eine Veränderung steht bevor. — W. R. 217. Ja.

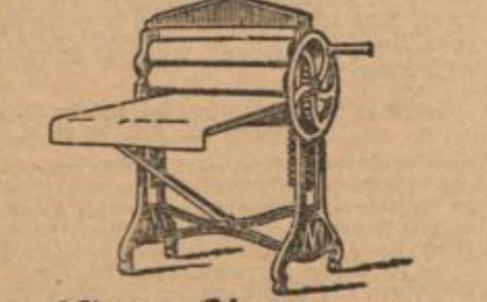
be schunungsamt. — Kaufvertrauen. 1. Sehen Sie sich zunächst mit Ihrem Schlichter in Verbindung. 30 eine Verbindung mit ihm nicht möglich, so müssen Sie Klage gegen ihn erheben. Das Gericht ist dabei an den Kaufvertrauen zu entscheiden. 2. Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 3. Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 4. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 5. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 6. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 7. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 8. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 9. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 10. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 11. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 12. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 13. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 14. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 15. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 16. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 17. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 18. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 19. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 20. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 21. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 22. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 23. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 24. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 25. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 26. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 27. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 28. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 29. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 30. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 31. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 32. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 33. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 34. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 35. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 36. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 37. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 38. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 39. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 40. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 41. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 42. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 43. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 44. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 45. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 46. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 47. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 48. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 49. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 50. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 51. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 52. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 53. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 54. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 55. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 56. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 57. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 58. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 59. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 60. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 61. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 62. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 63. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 64. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 65. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 66. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 67. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 68. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 69. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 70. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 71. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 72. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 73. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 74. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 75. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 76. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 77. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 78. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 79. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 80. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 81. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 82. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 83. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 84. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 85. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 86. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 87. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 88. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 89. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 90. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 91. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 92. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 93. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 94. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 95. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 96. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 97. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 98. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 99. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest. 100. Die Gelechtsamlungsamt. Berlin, Schornhorststr. 4. — wertunabtrag fest.

Der Bericht für Berlin und Umgegend. Größtenteils bewölkt mit einzelnen leichten Schneefällen. Temperaturen unter Null. — Wetter für Deutschland: Im Norden zahlreiche, im Süden vereinzelte, meist leichte Schneefälle, überall Frost.



An Dienstag, 24. d. M. verstarb nach langem Leiden mein innigstgeliebter Mann unser guter Vater der Vater
Wilhelm Pfeiffer
im Alter von 86 Jahren 1456 b
Dieses zeigt ichmerzerfüllt an
Frau Emma Pfeiffer nebst Kindern
Charlotteburg, Schillerstr. 50.
Einäschung: Sonnabend, 24. Nov.
nachm. 4 1/2 Uhr. Krem. Wilmersdorf

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, Bruder u. Schwager, der auch Vater
Fritz Stewert
Rahmer Str. 36, am 23. November nach langem Leiden sanft entschlief an im Alter von 66 Jahren.
Die Hinterbliebenen.
Beerdigung: Montag, 26. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jerusalem Kirchhofes Hermannstraße aus 1457 b



Mieten Sie von uns
Wäscherollen,
Waschmaschinen,
diese sind in 6 Monaten Ihr Eigentum.
Auf Wunsch Sonder-Prospekt.
P. Raddatz & Co.
Berlin W 66, Leipzigerstr. 122-123.



Das
Wetter!
ist
gefährlich
für
Asthmaleider
Aerosal
Pulver-
Teemischungen.
HILFEN SOFORT
für alle Erkrankungen der Atmungsorgane. Die AEROSAL-Präparate sind ärztlich anerkannt und empfohlen. Zahlreiche Gutachten selbst von Ärzten über die glänzenden Erfolge stehen zu Verfügung.
Zu beziehen durch alle Apotheken. Wo nicht vorrätig direkt durch
"AEROSAL-COMPAGNIE"
BERLIN N 54 BRUNNENSTRASSE 101 Fernruf Norden 2087.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Bruder
Otto Uffenwasser
am Mittwoch, den 25. November, vom Tode erlitt wurde. Die Einäschung findet am Sonnabend, den 28. d. M., nachm. 7 1/2 Uhr, im Krem. Baumfalkenweg statt.
G. Uffenwasser und Familie.

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
Metallbetten für Groß- und Kleinfamilien, Matratzen auch mit Zubehör frachtlos an Private seit 1911. Viele Tausende Janktschreien und Nachbestellungen. Besondere Bedienung. Katalog 650 frei. Eisenmöbelabrik Suhl (Thür.)

Auffallend große Auswahl
eleg. Herren-Paletots und -Ulster, -Anzüge, Manchester-Anzüge, -Hosen, Gummimäntel, Damenmäntel, mit und ohne Pelzbesatz, Plüschmäntel, Kostüme, Kleider, Röcke, Kosacks, Jünglings- und Kindergarderobe, Bett- und Leibwäsche, Gädinen
Pelze Kreditgeschäft "FELIX"
G. m. b. H.
Veteranenstr. 2, 1. Etage
Ecke Brunnenstraße, vis-à-vis Jandorf
Sehr leichte Zahlungsbedingungen.

Wintereinbote
für heute & morgen
Pelzmantel 175-
Pelzmantel m. Pelz 125-
Pelzmantel 88-
Westmann
Mohrenstr. 37 a. St. Frankfurterstr. 115

Billiger Freitag und Sonnabend bei Jandorf

<p>Spielwaren</p> <p>Karussell mit Uhrwerk, ca. 16 cm hoch, bunt bemalt. 95</p> <p>Kochherd m. stark. Platte und Spiritus-Seifen-Feuerung, ca. 12x18 cm 95</p> <p>Maltafel Maltscheibe und Schreibtafel, bunte Vorlagen, ca. 27x33 cm 95</p> <p>Konfektion</p> <p>Hemdbluse Baumw.-Flanell, gut verarbeitet, verschied. Streifen 2.45</p> <p>Kleiderrock aus hübsch gemusterten halb. Stoffen, Knopf-Garnitur 3.75</p> <p>Kasack kunsts. Trikot, neue Balkmuster, farbig 3.95</p> <p>Unterkleid kunsts. Trikot, schöne Lichtfarben 2.95</p>	<p>Damenwäsche</p> <p>Damenhemd guter Wäschestoff, Trägerform, mit Hohlraum-Garnitur 1.65</p> <p>Kniebeinkleid aus gutem Wäschestoff, mit Hohlraum-Garnitur 1.45</p> <p>Nachthemd a. bestem Renforcé, Stickerei-Ansatz und Hohlraum-Garnitur 3.75</p> <p>Schaukelpferd aus Stoff, mit Zaumzeug, Sattel, abnehmbaren Schwingen, zum Fahren 14.50</p> <p>Kleiderstoffe</p> <p>Körper-Flanell mit, besonders haltbare Qualität, viele Muster Nir. 0.95</p> <p>Flauschstoff in neuen Farben, mollige Ware, für Maltees, Moiré, etc. Mir. 1.85</p> <p>Papillon-Schotten Reine Wolle, neue aparte Farb., gut. Kleiderware Mir. 2.60</p>	<p>Hauswäsche</p> <p>Küchenhandtuch Gerstenkorn mit roter Kante, ca. 46x100 cm, gesäumt und gebündert 0.58</p> <p>Stubenhändtuch voll gebleicht, Dreif. erprobte Gebrauchs-Qualität, ca. 48x100 cm, gesäumt und gebündert 0.98</p> <p>Möbelstoffe</p> <p>Etamine ca. 150 cm breit Meter 0.85</p> <p>Läuferstoffe ca. 60 cm br., halbbares Gewebe, Meter 0.98</p> <p>Steppdecken Sahn mit Trikot 12.75</p> <p>Perser Teppich imit., ca. 150x200 cm 15.75</p>	<p>Bettwäsche</p> <p>Deckbettbezug aus kräftigem Wäschestoff, gute Qualität 5.75</p> <p>Kopfkissen dazu pass. 1.75</p> <p>Deckbettbezug aus Louisiana, erprobte Spezialmarke, ca. 150x200 cm 7.75</p> <p>Kopfkissen dazu pass. 2.25</p> <p>Regenschirm Top-Form, mit seidnem Futteral, sehr schöne Griffornamente 5.90</p>	<p>Schürzen</p> <p>Damenschürzen Jumperform, einfarb. od. gestr., mit Blendengarn. 0.88</p> <p>Damenschürzen Jumperform, türk. Muster, hübsch verarbeitet 1.25</p> <p>Rockschrürzen aus gutem schwarzen Panama, in allen Weiten 3.95</p>	<p>Handarbeiten</p> <p>aus grauem Stoff, Rosenmuster, handgestickt 2.95</p> <p>Kissen mit Rückwand 4.05</p> <p>Korbischdecke ca. 100 cm 7.50</p> <p>Herrenzimmerstuhl ca. 130 cm 1.45</p> <p>Kissen Halbleinen, vor-gezeichnet, Rokokomuster 1.45</p> <p>Herrenartikel</p> <p>Oberhemden (a. b., durchgehend) extra lit., ein welcher, ein steiler Kragen, mit Unschlagmanschetten 2.75</p> <p>Herrenhüte mod. Formen, viel Farben, mit kleinen Fehlern 2.75</p> <p>Stechumlegekragen mod. Form, Mako, 4fach 65</p>
--	--	---	---	--	---

Mystische Hundegeschäfte.

Von Emil Norlander.

Ich traf gestern meinen Freund im Café. Er kam mit einem Hund, den er an der Leine führte. Es war nur ein kleiner Hund, aber ein Hund mit einem Charakter, denn er ging immer seinen eigenen Weg. Wenn mein Freund pflichtschuldigst einem ihm Entgegenkommenden nach rechts ausbog, ging der Hund links an dem Betreffenden vorbei. Das Resultat war, daß die Person nicht weiter konnte, vielleicht noch hinfiel, und eventuell einige Flüche vom Stapel ließ. Der Weg von der Tür bis zu dem Tisch, an dem ich saß, war mit Schimpfworten über dieses Hundevieh gepflastert. Mein Freund küstete dauernd den Hut und murmelte eine Entschuldigung nach der anderen. Schließlich setzte er sich zu mir und band das Tier am Tisch fest.

„Woher hast Du denn diesen Pudel?“ war meine Frage.
„Das ist kein Pudel,“ bekam ich zur Antwort, „das ist ein Fog.“
„Er sieht so komisch aus!“
„Ja, er ist so ein bißchen Fogtrott.“
„Dante, ist er nichts anderes?“
„Doch! Er ist ganz ungewöhnlich treu.“
„Darum hast Du ihn wohl an der Leine?“
„Er ist seinem früheren Besitzer so treu.“
„Wer ist das?“
„Der Schauspieler Jacobson — — — übrigens hat der Hund seine eigene Geschichte.“
„Stammbaum meinst Du?“
„Nein, Geschichte meine ich. — Jacobson wollte verreisen und wußte nicht, wo er den Hund lassen sollte. Willst du nicht den Hund für 25 Kronen kaufen, fragte er mich. Ich willigte ein, bezahlte und hatte ihn den ganzen Tag bei mir. Abends ging er nach Haus zu Jacobson. Am nächsten Tage rief dieser mich an — kurz bevor er abreiste — und ich holte den Hund wieder ab. Dann laute ich als erstes eine starke Leine. Am selben Abend, als ich mit ihm in einem Café saß, kam ein alter Herr und fragte, ob er den Hund freikeln dürfte.“

„Du siehst Dich wohl bezahlen dafür?“
„Warte, dann wirst Du es hören. — Der Alte war reflexlos entzückt von dem Hund. Dann fragte er mich, ob ich ihn verkaufen würde. Ich verlangte 60 Kronen, und der Herr sagte, er würde sich die Sache noch überlegen. Im Laufe des Abends, nachdem er reichlich Alkohol zu sich genommen hatte, kam er nochmals an meinen Tisch und näselte: „Verlangten Sie 100 Kronen für den Hund?“ „Hundert?“ antwortete ich, „nein, 125 habe ich gesagt.“

„Und?“
„Ich bekam hundertfünfundzwanzig und hatte also hundert verdient.“

„Wer war denn dieser Herr?“
„Ich weiß es nicht; er hatte sich nicht vorgestellt. Er legte das Geld auf den Tisch, nahm die Leine mit dem Hund, und seitdem haben wir uns nicht mehr gesehen.“

„Und der Hund?“
„Der lag am nächsten Tag vor Jacobsons Tür und bellte. Der Portier rief mich an, und ich holte ihn wieder ab.“

„Um ihn auf's neue zu verkaufen?“
„Gott sei Dank! Ich verkaufte ihn am selben Tage an einen Gärtner, der ihn mit nach Norrland nehmen wollte. Der Hund ging mit bis zum Hauptbahnhof, aber dann kehrte er wieder um und lief zu seinem früheren Besitzer zurück.“

„Und Du holtest ihn wieder ab?“
„Jetzt gehe ich jedesmal, wenn ich ihn verkauft habe, eine neue Leine kaufen, hole ihn dann ab und führe ihn dann wieder zu neuen Taten in die Welt hinaus. Meine Verhältnisse erlauben mir nun, die Welt von der angenehmen Seite zu sehen. Ich hoffe sogar, mir bald eine kleine Villa kaufen zu können.“

„Und dann heiratest Du wohl?“
„Nein, vielleicht. Aber das müßte ein Mädchen sein, dem dieser Hund gefällt, denn ich könnte mich nicht von ihm trennen.“

„Glaubst Du denn, daß Du eine Frau ernähren kannst?“
„Aber sicherlich! Ich habe schon jetzt ein gutes Einkommen durch den Hund. Und nur durch das Verkaufen der verschiedenen hübschen Halsbänder, mit denen er immer zurückkommt, bekommt meine Frau ein nettes Taschengeld.“

„Wird man nicht eines Tages entdecken, wohin der Hund geht, und ihn zurückholen?“
„Bitte schön, werde ich sagen, Sie müssen sich an Jacobson wenden, denn zu mir kommt der Hund niemals zurück.“

Ich klopfte, um zu bezahlen.
„Du brauchst nicht zu bezahlen,“ sagte er, „das mache ich. Gerade habe ich den Hund an eine Freifrau verkauft und soll ihn ihr nachher mit einem Dienstmann schicken. Für 150 Kronen. — Aber vielleicht läßt Du ihn heute taufen? Zu der Freifrau kommt er noch früh genug morgen.“

(Beredigte Überlieferung von E. Oberländer und G. Köppen.)

Sozialistische Lehr- und Wanderjahre.

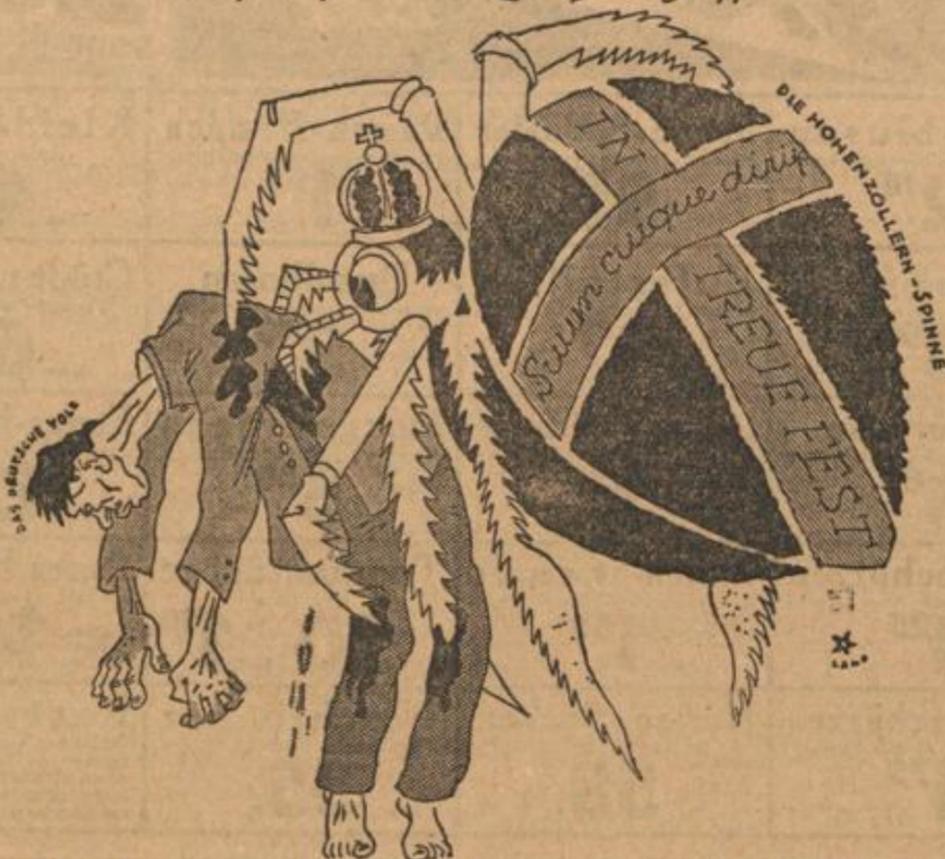
Von Louis Cohn.

III.

Die Internationale in New York.

Zu Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts und auch später noch lag der Schwerpunkt der sozialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten, in New York und dort wieder in der deutschen ersten Wardsektion. Die Anhänger Weitlings, der in den sechziger Jahren in den Vereinigten Staaten persönlich agitatorisch tätig war, vereinigten sich 1866 mit dem Verein der Passanten und dem Kommunistenklub als Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, aus dem ein Jahr später die Soziale Partei entstand. Sie beteiligte sich 1866 mit ansehnlichem Erfolge an einer Wahl in New York, setzte aber diese Beteiligung nicht fort, weil sich schon damals Elemente in den Vordergrund drängten, die ihren persönlichen Ehrgeiz zu befriedigen, oder ihre eigenen Parolen mit dem Sozialismus zu verquicken suchten. Das gelang um so leichter, als es an einem einflussreichen Presseorgan fehlte. Allgemeine demokratische Grundzüge verriet nur ein einflussloses Wochenblatt von Gagerus. Ausgangs der sechziger Jahre gaben die Vereinigten Deutschen Gewerkschaften New Yorks zwar ein anfängliches wöchentliches, dann täglich erscheinendes Blatt heraus, das Dr. Douai, ein sehr fähiger Schriftsteller, leitete. Aber Douai veranlaßte sich in das damals in die Mode gekommene „Grennbakterium“, ein von Kellogg ausgehendes Geldsystem, das die Fabrikation von Papiergeld als Mittel zur sozialistischen Revolution ausgab. Der zur Zeit der Münchener Räterepublik aufgetauchte Schwundgeldebehalter Gessell hatte diese alle Heilslehre nur systematisch ausgearbeitet. Zwischen Douai und der Sektion I der Internationale, die aus dem Allgemei-

Die Abfindungsprozesse.



„Das deutsche Volk fühlt sich mit seinen angestammten Fürstenhäusern immer noch aufs innigste verbunden!“

nen Deutschen Arbeiterverein hervorgegangen war, entspann sich eine scharfe Diskussion wegen der Papiergeldfrage.

Rein Eintritt in die Organisation der Internationale fiel gerade in die Periode, wo die Gegensätze zwischen den Bakunisten und dem Generatrat in London auch nach New York heftige Wellen schlugen. Mit der Ausbreitung der Internationale in den Vereinigten Staaten — in New York bestanden neben den deutschen auch französische und englische Sektionen und sogar eine tschechische — verstärkten sich die Gegensätze zwischen den verschiedenen Nationen und Richtungen. Vor 1870 tauchte auch der spätere Kriegsminister der Pariser Kommune Cluseret in New York auf. Er gefiel sich darin, ohne Rücksicht auf die bestehenden Organisationen der Internationale eine Propaganda eigener Art vermittelst Proklamationen und Flugschriften zu entfalten. Später machten sich allerhand „Reformer“ breit, die mit ihren Spezialitäten die einheitliche Kraft der Arbeiterbewegung schwächten. Die drei deutschen Sektionen hatten mit der Konkurrenz allerlei Humburger einen schweren Kampf auszufechten, zumal während des Verlaufes des Deutsch-französischen Krieges. Ihre klare Einsicht in dessen Folgen fand ihren Ausdruck in ihrer an die europäischen Arbeiter gerichteten Adresse, worin sie voraussetzten, der Krieg werde Deutschland das Kaiserthum bringen, die Franzosen aber davon befreien. Nach Sedan protestierten sie in einer großer Versammlung im Cooperinstitut gegen die Fortsetzung des Krieges, und im Dezember fand ein großes Verbrüderungsfest der deutschen, französischen, tschechischen Sektionen statt, bei dem der alte Weilling den Präsidentensitz zierte.

Allein, unter der Oberfläche dieser brüderlichen Manifestationen verbargen sich, trotz der, oder vielleicht besser, infolge der beträchtlichen Mehrzahl der Sektionen die Keime der Zwietracht und die Elemente der Zerfetzung. Hätte ich nicht an Sorge, Vogt und anderen einen so sicheren Rückhalt gefunden, so wäre ich wahrscheinlich infolge der endlosen Diskussionen über die Berechtigung so vieler Ansichten und „Richtungen“ selbst in den Wirbel der Verwirrung hineingeraten. Würde er doch so mächtig, daß später zu gleicher Zeit zwei auf ganz konträren Standpunkten stehende Föderalräte in New York vorhanden waren. Was dort unter der Firma der Internationale in die Öffentlichkeit zu treten wagte, davon legte die samose, von den Damen Woodhull und Claflin gegründete Sektionen XII ein breites Zeugnis ab. Die Quacksalberer feierte in dieser Sektion ihre höchsten Erlumpfe. Wollten doch deren Vertreter mit allen, auch den brutalsten Mitteln, die Internationale nach ihren konfusem Begriffen einrichten, um sie zu ihren persönlichen Absichten benutzen zu können. Was ihr Programm anbelangt, so bestand es aus einem Gemisch von allerlei verrücktesten reformerischer Quacksalber: freier Geschlechtsverkehr, universelle Weltsprache, Pontarchie (Herrschaft aller) waren nur einige der Programmpunkte dieser Humburger. Mir schien es, als wenn ihre Hauptaufgabe darin bestand, die Propaganda für den Spiritismus zu betreiben; denn die beiden Damen gaben ein großes spiritistisches Wochenblatt heraus, womit sie die Spekulation an der Börse zu verbinden wußten.

Eine ertönlche Reugier bestimmte mich, einigen Sitzungen dieser Sektion XII beizuwohnen. Sie wurden in dem Salon der eleganten Wohnung der Dame Woodhull abgehalten. Deren Mann präsiidierte in der phantastischen Uniform eines Obersten, Gott weiß, welcher Armee. Sein Referat bestand in einem zusammengebrachten Ragout spiritistischer, sozialistischer, anarchistischer und reformerischer Schlagworte, die das Entzücken der meist weiblichen Zuhörerregien erregten. Einmal fand zum Schluß und zur Krönung der Verhandlungen auch eine spiritistische „Seance“ statt. Erst 1872 auf dem Haager Kongress gelang es, diese sonderbarsten Blüthe der ersten Internationale durch Ausschluß abzuschütteln.

Dagegen boten alle Sektionen in New York ein herabwürdigendes Beispiel internationaler Solidarität der Arbeiterklasse, als nach dem Fall der Pariser Kommune Scharen von Flüchtlingen den amerikanischen Boden betraten. Sie unterzubringen und ihnen über die schwerste Zeit hinwegzuhelfen, war keine leichte Aufgabe für die mit schwachen Mitteln ausgestatteten Sektionen. Aber es gelang. Mir wurde Dexeure zugewiesen, dem neben Bestan auch die Obhut über die in der Bank von Frankreich aufbewahrten Schätze der Bourgeoisie anvertraut gewesen waren. Ohne Ueberhebung darf ich sagen, daß ich trotz meiner Jugend aus den häufigen Diskussionen mit Dexeure die Ueberzeugung gewann, daß ein großer Teil des Rates der Kommune aus radikalen Kleinbürgern bestand, denen sehr rückständige Anschauungen über den Sozialismus und die politischen Aufgaben der Arbeiterklasse eigneten.

Mit der Zeit sollten die französischen Sektionen infolge der Streitigkeiten unter den Kommunisten zu einem Tummelplatz unfruchtbarer Auseinandersetzungen werden, während die englisch sprechenden Sektionen in Debatten über allerlei Reformen die

Entwicklung der Bewegung hemmten. Und je mehr die Spaltungen in der europäischen Internationale zunahmen, in demselben Maße nahm eine Anzahl von Sektionen den Charakter von Sektien an. Karl Marx hat diese Erscheinung in einem Briefe vom 23. November 1871 an F. Volte trefflich beleuchtet. Er schrieb damals: „Die Entwicklung des sozialistischen Sentiments und die der wirklichen Arbeiterbewegung stehen stets im umgekehrten Verhältnis. So lange die Sektien historisch berechtigt sind, ist die Arbeiterklasse noch unreif zu einer selbständigen geschichtlichen Bewegung. Sobald sie zu dieser Reife gelangt, sind alle Sektien wesentlich reaktionär. Indessen wiederholt es sich in der Geschichte der Internationale, was die Geschichte überall zeigt. Das Veraltete sucht sich innerhalb der neu gewonnenen Form wieder herzustellen und zu behaupten. Und die Geschichte der Internationale war ein fortwährender Kampf des Generatrates gegen die Sektien und Amateurversuche.“ Es ist bekannt, wie dieser Kampf schließlich zur Verlegung des Generatrates nach New York und damit zur Auflösung der ersten Internationale führte.

Die Einsichtigen sahen diese Entwicklung voraus und suchten sich über deren ökonomische und geographische Ursachen klar zu werden. Der Strom der Einwanderer trieb die politische und sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten zunächst nicht vorwärts, sondern hemmte sie. Die Deutschen und auch die Einwanderer aus anderen Ländern übertrugen entweder ihre heimatlischen Begriffe auf amerikanische Verhältnisse und blieben so ein fremdes Element oder sie amerikanisierten sich schnell und wurden dann Indifferente oder Gegner des Sozialismus. Solange noch ein großer Nahrungs- spielraum für robuste und tatkräftige Naturen vorhanden war, übte die amerikanische Anschauung, daß jeder Arbeiter die Anwartschaft zum Millionär in der Tasche trägt, eine große Zugkraft aus. Insofern hatte damals das Wort von Karl Schurz eine relative Berechtigung: „In Amerika gibt es keine soziale Frage.“ Die Oberflächlichkeit dieses Ausspruches zeigte sich jedoch in den bald darauf ausbrechenden heftigen gewerkschaftlichen Kämpfen. Auch konnte eine große Demonstration für den Achtstundentag sämtlicher deutscher und französischer Sektionen, an der 2000 Arbeiter teilnahmen, als ein Zeichen des trüglichen Widerstandes gegen das Ueberhandnehmen kleinbürgerlicher Experimentiererei betrachtet werden.

Ehe noch Bakunisten, Jurasser und Eigenbrötler aller Art das Werk der Zerstörung der ersten Internationale vollbracht hatten und der Generatrat nach New York verlegt worden war, mußte ich nach 24-jährigem Aufenthalt in New York die mir lieb gewordene Lebensbahn plötzlich wieder verlassen. Eine Depesche meines Vaters teilte mir mit, daß ich sofort abreisen müßte, um mich in Leipzig rechtzeitig zur Musterung zu stellen. Entspräche ich dem nicht, so würde ich als Deserteur erklärt werden, da ich schon zweimal zurückgestellt worden sei. Mir blieb also nichts weiter übrig, als die Weiche meines Schicksals wieder auf Europa umzustellen. Der schnelle Abschied von den vertraut gewordenen Genossen fiel mir ebenso schwer wie das plötzliche Auscheiden aus meiner angenehmen kaufmännischen Stellung. Das Studium der Ökonomie und des Sozialismus hatte in Verbindung mit meiner kaufmännischen Tätigkeit meinem Geist eine ganz neue Richtung gegeben. Verloren war die jugendliche Begeisterung für einen romantischen Revolutionarismus und die Hingabe an Ideale, denen jede Beziehung zum wirklichen Leben fehlte. An deren Stelle trat ein ausgeprägter Wirklichkeitsinn und ein Streben nach praktischer Gestaltung, wenn auch nur eines Teils dessen, was ich als richtig erkannt hatte. Die Internationale hatte mich in diesen 24 Jahren nicht nur in der sozialistischen Theorie ein gut Stück weiter gebracht — sie hatte mich auch gelehrt, die großen Aufgaben der Arbeiterbewegung mit gegebenen Mitteln durch praktische Tellerfolge zu fördern. Meine Auffassung und mein Widerwillen gegen den kaufmännischen Beruf hatte sich vollständig verändert. Ich hatte, durch eine kleine Spalte der Weltwirtschaft lebend, erkannt, wie wichtig für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft tüchtige kaufmännische Kräfte seien. Die Mühsal, einfl der Welt der Jugend und Alter in aus höchster Not, mußte sich vor meinen neuen Zielen mit der Rolle einer anregenden und aufstrebender Lebensbegleiterin bescheiden. Mit solchen Ergebnissen trat ich die Rückreise nach Europa an.

Die Fruchtbarkeit der Scholle. Ein Schollenweibchen vermag auf einmal bis zu 715 000 Eier zu produzieren. Im Verlauf seines Lebens kann es 31 117 Billionen Eier hervorbringen. Geseht dem Fall, daß diese Fischbillionen alle am Leben blieben und sich wieder in der gleichen Weise vermehrten, so würde das Weltmeer in absehbarer Zeit von den Schollen so dicht bevölkert, daß kein Schiff es mehr durchfahren könnte.

